



Heft 1

**Berufsperspektiven für  
Politikwissenschaftler**

November 2012  
Wien und Kleve



# POLITICAL SCIENCE APPLIED

*Zeitschrift für angewandte Politikwissenschaft*

**Heft 1**

November 2012

## **Berufsperspektiven für Politikwissenschaftler**

### **Herausgeber**

**Prof. Dr. Jakob Lempp**, Hochschule Rhein-Waal  
[jakob.lempp@hochschule-rhein-waal.de](mailto:jakob.lempp@hochschule-rhein-waal.de)

**Dr. Angela Meyer**, Organisation for International Dialogue and Conflict Management  
[angela.meyer@idialog.eu](mailto:angela.meyer@idialog.eu)

### **Redaktionsteam**

**Dr. Reinhard Brandl**, Mitglied des Deutschen Bundestages  
**Dr. Alexander Brand**, Johannes Gutenberg Universität Mainz  
**Dr. Stephan Dreischer**, Technische Universität Dresden  
**Gregor Giersch**, Organisation for International Dialogue and Conflict Management  
**Dr. Elsa Hackl**, Universität Wien  
**Dr. Frieder Lempp**, Massey University New Zealand  
**Prof. Dr. Jakob Lempp**, Hochschule Rhein-Waal  
**Dominik Meier**, Deutsche Gesellschaft für Politikberatung  
**Dr. Angela Meyer**, Organisation for International Dialogue and Conflict Management  
**Susanne Ozegowski**, The Boston Consulting Group  
**Prof. Dr. Werner J. Patzelt**, Technische Universität Dresden  
**Dr. Thomas Pfister**, Zeppelin Universität Friedrichshafen

Kontaktadresse: **Organisation for International Dialogue and Conflict Management, Kaiserstraße 50/6, 1070 Vienna, Austria**

Frei verfügbar unter: [www.psc.a.eu](http://www.psc.a.eu)

**Alle Rechte vorbehalten.  
Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung der gesamten Zeitschrift  
oder einzelner Artikel ist auch  
in Auszügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
der Herausgeber gestattet.**

**PSCA-Artikel unterliegen  
einem Begutachtungsverfahren  
durch das Redaktionsteam.  
Sie geben ausschließlich die  
persönliche Auffassung der  
Autoren und Autorinnen  
wieder.**

**© IDC, 2012**

**IDC  
Organisation for International  
Dialogue and Conflict Management  
Kaiserstrasse 50/6  
1070 Wien, Österreich  
[www.idialog.eu](http://www.idialog.eu)  
[www.pzca.eu](http://www.pzca.eu)  
[editors@pzca.eu](mailto:editors@pzca.eu)**

**Herausgeber:  
Prof. Dr. Jakob Lempp  
Dr. Angela Meyer**

## Editorial<sup>1</sup>

Theorie und Praxis werden oft als Gegensätze betrachtet. Aus der Perspektive von Praktikern werden Theorien als zu abstrakt empfunden, als ungeeignet, die gesellschaftliche Wirklichkeit zu gestalten. Auf der anderen Seite distanziert sich gerade die universitäre Politikwissenschaft oft explizit von einer herrschaftstauglichen „Politwissenschaft“, die sich einem Nützlichkeitskalkül unterstellt.

Beide Standpunkte und Auffassungen übersehen, dass Theorie und Praxis sich gegenseitig bedingen. Theorien und theoretische Ansätze helfen dabei, Zusammenhänge als solche zu erkennen, soziale Prozesse zu erklären und gegenwärtige Probleme zu verstehen. So wichtig die Empirie als Maßstab für wissenschaftliche Forschung ist, so sehr benötigt eine problemlösungsorientierte Praxis die Einsichten der Theorie. Mit den Worten Kurt Lewins kann man sagen, dass nichts so praktisch ist wie eine gute Theorie. Oder in Anlehnung an Immanuel Kant: Theorie ohne Praxis ist leer, Praxis ohne Theorie ist blind.

Der Versuch einer Überbrückung der Gegensätze zwischen universitärer politikwissenschaftlicher Forschung und politischer Praxis ist dennoch kein leichter. Einerseits sollte er nicht dazu führen, politikwissenschaftliche Forschung politisch zu instrumentalisieren. Andererseits muss klar sein, dass politikwissenschaftliche Anwendungen sich nicht auf die Nutzbarmachung von Erkenntnissen für die Politikberatung beschränken können, sondern ihre Auswirkungen immer auch als Veränderungen einer breiten gesellschaftlichen Praxis aufzufassen sind.

Vor diesem Hintergrund versucht das neu gegründete Online-Journal Political Science Applied (PSCA) als Zeitschrift für angewandte Politikwissenschaft anhand ganz konkreter Beispiele aufzuzeigen, wo und auf welche Weise Theorien, Ansätze und Methoden der Politikwissenschaft in der Praxis zum Einsatz kommen, beziehungsweise wirkmächtig sind. Es geht also darum, anhand von praktischen Beispielen die unterschiedlichen Anwendungsfelder politikwissenschaftlichen Wissens zu illustrieren und die Wirkungen universitärer Politikwissenschaft in der gesellschaftlichen Praxis zu diskutieren. Der Anspruch von PSCA ist es somit, weder ein rein wissenschaftliches noch ein ausschließlich an der Praxis orientiertes Journal zu sein. Vielmehr geht es darum, eine Brücke zwischen politikwissenschaftlicher Forschung und konkreten gesellschaftlichen oder ökonomischen Bedürfnissen, Anforderungen und Problemlagen zu schlagen. Wir sind uns bewusst, dass dies notwendigerweise auch eine Reihe von Gefahren birgt. Im Unterschied zu rein praxisorientierten Publikationen mag eine wissenschaftliche Anbindung – also ein eindeutiger Bezug auf die Politikwissenschaft statt auf Politikberatung, Consulting oder auch journalistische Textsorten – verwirren. Im Vergleich zu wissenschaftlichen Fachzeitschriften mag einesteils der Anspruch befremden, auch Praxisnützlich und Anwendungsorientiertes in den Fokus zu rücken. Da wir Wert darauf legen, sowohl Beiträge von Wissenschaftlern als auch von Experten aus unterschiedlichen Bereichen zu veröffentlichen, mag andernteils zudem auch das Nebeneinander von wissenschaftlichem Diskurs und dem sprachlichen Duktus von Praktikern verwundern.

Wir freuen uns sehr, dass sich viele Persönlichkeiten aus Politikwissenschaft und Praxis dazu bereit erklärt haben, den Entstehungsprozess und weiteren Verlauf unserer Zeitschrift als ehrenamtliche Mitglieder des Redaktionsteams mit Kritik und Rat zu begleiten. Diese wichtige Aufgabe garantiert die breite Rückbindung des Projekts an universitäre Politikwissenschaft und Praxis. Dafür möchten wir uns an dieser Stelle bei allen Mitgliedern des Redaktionsteams herzlich bedanken!

Die erste hier vorliegende Ausgabe von PSCA beschäftigt sich mit Berufsfeldern von Politikwissenschaftlern. Im Unterschied zu manch anderem Studienfach gibt es für Politikwissenschaftler kein klar umrissenes Berufsbild. Dies öffnet auf der einen Seite viele Möglichkeiten und Chancen. Auf der an-

---

<sup>1</sup> Es wird darauf hingewiesen, dass aus Gründen der besseren und flüssigeren Lesbarkeit im gesamten Journal auf eine genderspezifische Schreibweise verzichtet wird. Alle Bezeichnungen gelten sinngemäß für beide Geschlechter.

deren Seite führt dieser Umstand bei vielen Studierenden aber auch zu einer gewissen Orientierungslosigkeit. Aus diesem Grund haben wir eine Reihe von Politikwissenschaftlern eingeladen, uns ihren Arbeitsbereich vorzustellen und ihr praktisches Wirkungsfeld zu schildern.

Wir hoffen, dass Political Science Applied gerade mit dieser ersten Ausgabe einen Beitrag zu mehr Klarheit in oft ungenaue Vorstellungen über mögliche Tätigkeitsfelder von Politikwissenschaftlern leistet, und somit angehenden und bereits im Berufsleben stehenden Politikwissenschaftlern, aber auch allen anderen interessierten Lesern aufschlussreiche, informative und hilfreiche Einblicke in die Berufsfelder von Politikwissenschaftlern bietet.

Wir wünschen Ihnen eine interessante und anregende Lektüre.

Jakob Lempp und Angela Meyer

## Inhalt

<b>Berufsfelder für Politikwissenschaftler – eine kurze Einführung</b> Jakob Lempp und Angela Meyer	<b>S. 4</b>
TEIL 1: FORSCHUNG UND LEHRE	
<b>Berufsfeld Wissenschaft</b> Alexander Brand	<b>S. 8</b>
<b>Berufsfeld Wissenschaftliche Begleitforschung</b> Angela Meyer und Gregor Giersch	<b>S. 11</b>
<b>Berufsfeld Lehramt Gemeinschaftskunde</b> Marina Suhm	<b>S. 13</b>
TEIL 2: POLITISCHE UND POLITIKNAHE INSTITUTIONEN	
<b>Berufsfeld Politik</b> Sabine Friedel	<b>S. 14</b>
<b>Berufsfeld Parteien</b> Christian Demuth	<b>S. 16</b>
<b>Berufsfeld Österreichisches Bundeskanzleramt</b> Ana Jakil	<b>S. 18</b>
<b>Berufsfeld Neuseeländische Regierungsinstitutionen</b> Kirsten Maurer	<b>S. 19</b>
<b>Berufsfeld Bundestag</b> Christian Junge	<b>S. 21</b>
<b>Berufsfeld Politische Stiftungen</b> Axel Harneit-Sievers	<b>S. 23</b>
TEIL 3: WIRTSCHAFT UND INDUSTRIE	
<b>Berufsfeld Unternehmensberatung</b> Jakob Lempp	<b>S. 25</b>
<b>Berufsfeld Wirtschaft</b> Andre Borgerhoff	<b>S. 27</b>
TEIL 4: WEITERE BERUFSFELDER	
<b>Berufsfeld Verbände</b> Tilman Pradt	<b>S. 28</b>
<b>Berufsfeld Gesundheitsmarkt</b> Dominique Meyer	<b>S. 30</b>
<b>Berufsfeld Wissensdienstleistung</b> Katja Hepting	<b>S. 32</b>
<b>Berufsfeld Politikberatung</b> Sven Braune	<b>S. 33</b>

## **Berufsfelder für Politikwissenschaftler – eine kurze Einführung**

*Jakob Lempp und Angela Meyer*

Jedes Jahr schließen in Deutschland rund 4000 Politikwissenschaftler ihr Studium ab – Tendenz steigend.<sup>2</sup> In Österreich waren es im Studienjahr 2010/2011 etwas mehr als 450.<sup>3</sup> Im Unterschied zu Studienfächern wie Medizin, Betriebswirtschaft oder den meisten technischen Bereichen gibt es für Politikwissenschaftler – so wie auch für die meisten anderen Sozialwissenschaftler – kein klar umrissenes Berufsbild. Das Studium vermittelt in erster Linie Orientierungswissen und nicht unmittelbares Verfügungswissen. Es geht weniger darum, bestimmte Techniken zu erlernen als vielmehr darum, die Fähigkeit zu entwickeln, selbstständig und kritisch komplexe Sachverhalte zu analysieren, soziale Zusammenhänge und Strukturen, sowie Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse zu verstehen, und Lösungsoptionen für gesellschaftliche Probleme zu erarbeiten. Mit diesen Qualifikationen eröffnet sich Politikwissenschaftlern zum einen ein sehr breites Spektrum an beruflichen Möglichkeiten. Zum anderen führt das Fehlen eines klar umrissenen Berufsbildes bei vielen Absolventen zu einer gewissen Orientierungslosigkeit. Hinzu kommt, dass nur in wenigen Stellenausschreibungen, in denen Fähigkeiten, die ein Politikwissenschaftlerstudium vermittelt, gewünscht werden, explizit nach Politikwissenschaftlern gesucht wird. Letztere müssen sich somit in der Regel gegenüber anderen Sozialwissenschaftlern, Juristen, Geistes- oder Kulturwissenschaftlern behaupten.

In der ersten Ausgabe von *Political Science Applied (PSCA)* wollen wir eine Antwort auf die Frage geben, in welchen verschiedenen Berufsfeldern Politikwissenschaftler heute arbeiten. Wir haben eine Reihe von Politikwissenschaftlern aus Deutschland und Österreich eingeladen, ihren Arbeitsbereich kurz vorzustellen, ihren Werdegang aufzuzeigen und von

ihren beruflichen Erfahrungen zu berichten. Das Resultat sind 15 Artikel, die illustrieren, wie unterschiedlich der Karriereweg eines Politikwissenschaftlers verlaufen kann.

Dennoch lassen sich vereinfacht drei große Bereiche erkennen, die einen Großteil der Absolventen anziehen: Forschung und Lehre, politische Institutionen, sowie Wirtschaft und Industrie. Darüber hinaus geben Berichte, wie jene von Tilman Pradt über die Arbeit im Bundesverband deutscher Pressesprecher, von Dominique Meyer über Chancen bei Krankenkassenversicherungen, von Katja Hepting über die Tätigkeiten im Wissensmanagement oder von Sven Braune über seine Erfahrungen bei der Deutschen Gesellschaft für Politikberatung Einblicke in mögliche Arbeitsfelder jenseits dieser drei Bereiche.

### **Forschung und Lehre**

Viele Absolventen entscheiden sich nach ihrem Studium, in Forschung und Lehre aktiv zu bleiben. Alexander Brand schildert in seinem Beitrag die Möglichkeit einer Karriere in der akademischen Politikwissenschaft an deutschen Universitäten. Viele Politikwissenschaftler lernen dieses Arbeitsumfeld bereits während ihres Studiums als Hilfswissenschaftler, Projektmitarbeiter oder Tutor kennen, und es streben deutschlandweit knapp 20% der Studenten auch nach dem Abschluss weiterhin eine akademische Laufbahn an. Brand macht klar, dass die Chancen für Absolventen an Universitäten zunehmend von Prekarisierung und begrenzten finanziellen Mitteln geprägt sind. Demgegenüber stellt er aber die Aussicht auf eine anspruchsvolle Tätigkeit, die vor allem für jene interessant ist, denen es in erster Linie um den Erkenntnisgewinn, die Freude am Verständnis, der Erklärung und der Vermittlung politischer Dynamiken geht. Angela Meyer und Gregor Giersch gehen in ihrem Artikel auf die Chancen für Politikwissenschaftler in der sozialwissenschaftlichen Begleitforschung ein. Sie zeigen dabei auf, dass einige Gebiete dieses Forschungsbereiches – insbesondere die Technikfolgenabschätzung – bei vielen Sozialwissenschaftlern wenig Beachtung finden, obgleich sie gerade für jene, die sich für interdisziplinäre Forschung und gesellschaftsrelevante Aspekte technologischer Entwicklung interessieren, ein vielverspre-

---

<sup>2</sup> Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktberichterstattung (2012). Der Arbeitsmarkt für Akademikerinnen und Akademiker in Deutschland - Gute Bildung - gute Chancen, Nürnberg.

<sup>3</sup> Uni.Data, Österreichisches Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMWF).

chendes Feld darstellen. Meyer und Giersch legen in diesem Zusammenhang ein besonderes Augenmerk auf Tätigkeiten an außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die eine interessante Alternative zu einer universitären Laufbahn bieten können. Marina Suhm berichtet schließlich in ihrem Beitrag von ihren Erfahrungen als Gemeinschaftskundelehrerin. Suhm schildert hierbei, dass gerade das Unterrichten von Gemeinschaftskunde nicht nur eine vielschichtige und abwechslungsreiche sondern auch sinnstiftende Tätigkeit für Politikwissenschaftler sein kann, die gerne mit jungen Menschen arbeiten und zu deren Verständnis gesellschaftlicher Prozesse beitragen möchten.

### **Politische und politiknahe Institutionen**

Sechs Beiträge in dieser Ausgabe illustrieren, welche unterschiedlichen Formen Politik als Beruf für Politikwissenschaftler annehmen kann. Sabine Friedels Artikel gibt Einblicke in Werdegang und Tätigkeiten einer Landtagsabgeordneten. Eine politische Karriere, so gibt Friedel zu Bedenken, setzt ein großes Engagement innerhalb einer Partei voraus und erfordert, neben fachlichen Kompetenzen, einiges an Einsatzbereitschaft, Kritik- und Integrationsfähigkeit, Durchsetzungsvermögen, sowie die Bereitschaft zu ehrenamtlichen Tätigkeiten. Gerade aber für Politikwissenschaftler, denen es nicht nur um das bloße Beschreiben sondern vielmehr auch ums Verändern bestehender Verhältnisse geht, kann die Politik ein äußerst interessantes Berufsfeld sein. Eng hiermit verbunden, beschreibt Christian Demuth in seinem Beitrag, welche Möglichkeiten Politikwissenschaftlern in politischen Parteien offen stehen. Auch hier gehören in der Regel die Mitgliedschaft in einer Partei, sowie die Bereitschaft für ehrenamtliches Engagement zu den wichtigen Voraussetzungen für eine Beschäftigung. Im Unterschied zu einer Karriere in Wissenschaft und Forschung bietet die Arbeit in einer Partei viele Möglichkeiten, das im Studium Erlernte gezielt in die Praxis umzusetzen. Um die Arbeit in Regierungseinrichtungen geht es in den drei Beiträgen von Ana Jakil, Kerstin Maurus und Christian Junge. Jakil beschreibt ihre Tätigkeiten im österreichischen Bundeskanzleramt, wo sie für die Koordinierung der Regierungs-

arbeit im Bereich Klima und Nachhaltigkeit zuständig ist. Dieses Arbeitsfeld hat sich in den vergangenen Jahren immer stärker für Politikwissenschaftler geöffnet. Das Studium, so Jakil, vermittele vor allem die Fähigkeit, die Komplexität globaler Politikprobleme rasch zu erfassen und möglichst prägnante Analysen zu erstellen, die in ihrem Beruf verstärkt nachgefragt werden. Bestimmte Spezialisierungen seien zudem von zusätzlichem Vorteil. Etwas anders schildert Kirsten Maurer ihre Erfahrungen in verschiedenen neuseeländischen Institutionen. Hier zählen weniger akademischer Hintergrund und Vorwissen als vielmehr die Fähigkeit, sich schnell in eine neue Materie einzuarbeiten und im Job selber zu lernen. Wer dies mitbringt und zudem zu einem geographischen Wechsel bereit sei, der könne, so Maurer, in Neuseelands öffentlichem Sektor eine durchaus sehr abwechslungsreiche und gut bezahlte Arbeit finden. Christian Junge stellt in seinem Beitrag die möglichen Arbeitsfelder, die sich Absolventen der Politikwissenschaft im Deutschen Bundestag bieten, vor. Abgesehen von der Funktion als Abgeordneter ergeben sich für Politikwissenschaftler auch Möglichkeiten als Mitarbeiter in einem Abgeordnetenbüro, als Fraktionsmitarbeiter sowie innerhalb der Bundestagsverwaltung. Obwohl im deutschen öffentlichen Dienst die meisten Stellen weiterhin von Juristen besetzt werden, bringen Politikwissenschaftler insbesondere dann gute Voraussetzungen für eine Beschäftigung im Bundestag mit, wenn sie über spezielles fachliches Wissen oder vertiefte Kenntnisse in bestimmten Politikfeldern verfügen. Axel Harneit-Sievers berichtet schließlich von seinen Erfahrungen in der Auslandsarbeit politischer Stiftungen. Er macht hierbei klar, dass es in diesem Bereich kein klassisches Einstiegsmuster gibt. Während die Stiftungen einiger Parteien berufsqualifizierende Einstiegsprogramme anbieten oder auch unter ihren Praktikanten rekrutieren, ist bei anderen ein direkter Einstieg möglich, entweder direkt nach dem Studienabschluss oder im Anschluss an eine andere Tätigkeit. Auch wird eine Parteimitgliedschaft nicht immer vorausgesetzt.

### **Wirtschaft und Industrie**

Dass Politikwissenschaftlern auch Karrieren in Industrie und Wirtschaft offen stehen, zeigen

die beiden Beiträge von Jakob Lempp und Andre Borgerhoff. Unternehmensberatungsfirmen legen in der Rekrutierung nicht nur Wert auf möglichst unterschiedliche Fachhintergründe. Sie setzen auch voraus, dass ihre Mitarbeiter sich schnell mit neuen Sachverhalten vertraut machen können und ein hohes Maß an analytischen Fähigkeiten und Kreativität mitbringen. Lempp unterstreicht außerdem, dass Politikwissenschaftler auch mit ihrem politikwissenschaftlichen Know-How punkten können, vor allem dann, wenn Institutionen der öffentlichen Hand beraten werden oder wenn es um stark regulierte Branchen geht. Dass auch eher technisch orientierte Industriebetriebe Politikwissenschaftlern interessante Karrieremöglichkeiten bieten können, illustriert der Beitrag von Andre Borgerhoff. Borgerhoff erzählt darin von seiner Arbeit bei Airbus, wo er in der Unternehmenskommunikation tätig ist. Als promovierte Politikwissenschaftler, die vor ihrer Beschäftigung in der Wirtschaft an Universitäten tätig waren, machen beide Autoren klar, dass der Sprung in die Wirtschaft für Sozialwissenschaftler durchaus möglich ist – selbst dann, wenn keine einschlägigen Erfahrungen vorliegen.

### **Weitere Berufsfelder**

Exemplarisch für die vielen weiteren Bereiche, in denen Politikwissenschaftler erfolgreich arbeiten, stehen die Beiträge von Tilman Pradt, Dominique Meyer, Katja Hepting und Sven Braune. Als Fachreferent der Geschäftsstelle des Bundesverbandes deutscher Pressesprecher betont Tilman Pradt, dass sich als klassischer Einstieg in dieses Berufsfeld nach wie vor Praktika und Studentenjobs anbieten. Interessant ist auch seine Feststellung, dass Politikwissenschaftler trotz der naheliegenden Konkurrenz mit Kommunikationswissenschaftlern und den Absolventen praxisnaher PR- oder Journalistik-Studiengänge mit fast 50% die größte Gruppe der Mitarbeiter in der speziellen Verbändearbeit stellen. Katja Hepting verweist in ihrem Beitrag auf ein möglicherweise eher unbekanntes Einsatzfeld für Politikwissenschaftler: Die Arbeit bei einem Wissensdienstleister. Sie betont die Wichtigkeit einer sinnvollen Kombination eines politikwissenschaftlichen Studiums mit Nebenfächern sowie auch die Bedeutung von Fremdspra-

chenkenntnissen und Auslandserfahrungen als wesentliche Einstellungskriterien in diesem Bereich. Außerdem sei wichtig, sich zum Experten auf einem bestimmten Gebiet zu machen, das für den zukünftigen Arbeitgeber interessant sein könnte. Dominique Meyer beschreibt den Weg eines generalistischen Politikwissenschaftlers in das Gesundheitswesen und insbesondere in das System der gesetzlichen Krankenversicherung. Sein Hinweis, dass erste Praxiserfahrungen möglicherweise wichtiger sind als der genaue Zuschnitt des Studienfachs, gilt allerdings sicherlich nicht nur für diese Branche. Innerhalb des Gesundheitswesens identifiziert Meyer unter anderem die Öffentlichkeitsarbeit als guten Einstieg für Politikwissenschaftler und benennt die – allerdings nur von wenigen Krankenkassen angebotenen – Traineeships oder Volontariate als sinnvolle Wege in eine Krankenkasse, die auch von „Exoten“ besritten werden können. Schließlich verweist Sven Braune auf die Tatsache, dass in der Politikberatung längst nicht nur Politikwissenschaftler beschäftigt werden. Vielmehr konkurrieren diese auch hier mit anderen Sozial-, Geistes- oder Naturwissenschaftlern um die raren Stellen. Er regt zudem an, bereits im Studium der Politikwissenschaft einen Schwerpunkt auf medien- und kommunikationswissenschaftliche Inhalte zu legen, schließlich lasse sich Politik in der Beratungspraxis kaum von der Kommunikation politischer Inhalte trennen.

### **Versuch einer Synopse: Was heisst das alles nun für die Studierenden und die Absolventen der Politikwissenschaft?**

Diese Sammlung kann naturgemäß nicht vollständig sein. Einige Bereiche, in denen üblicherweise viele Politikwissenschaftler arbeiten, wie etwa Journalismus, Verlage, Diplomatie, Gewerkschaften, Entwicklungszusammenarbeit, Markt- und Meinungsforschung oder Internationale Organisationen, konnten nicht abgebildet werden. Und auch ein Beitrag über einen weniger erfolgreichen Weg eines Politikwissenschaftlers wäre interessant gewesen – etwa der des viel zitierten „promovierten Sozialwissenschaftlers als Taxifahrer“. Statt eines vor vornherein vergeblichen Bemühens um Vollständigkeit stand bei der Zusammenstellung dieses Bandes im Vordergrund, die

Vielfalt der möglichen Berufs- und Einsatzfelder für Politikwissenschaftler anhand persönlicher Werdegänge aufzuzeigen. Es ging uns dabei nicht um eine wissenschaftliche Analyse oder eine systematische Vergleichsstudie sondern vielmehr darum, Studierenden und Absolventen der Politikwissenschaft möglichst plastisch und alltagsnah vor Augen zu führen, wie der Weg ins Berufsleben aussehen könnte und welche Möglichkeiten und Risiken diese Wege bergen.

Dennoch lassen sich aus den hier versammelten Beiträgen einige Schlüsse ziehen.

1. Für Politikwissenschaftler gibt es zwar kein klar umrissenes Arbeitsfeld, doch vermittelt das Studium in der Regel Inhalte, Wissen und Kompetenzen, die seinen Absolventen gute und insbesondere vielseitige Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnen. Auch wenn sich Politikwissenschaftler oft im Wettbewerb mit Absolventen anderer Studienrichtungen, wie etwa anderen Sozialwissenschaftlern, Juristen oder Geisteswissenschaftlern befinden, unterstreichen viele Autoren dieser Ausgabe doch, welche Vorteile gerade eine politikwissenschaftliche Ausbildung bei einer Bewerbung haben kann, vor allem dann wenn sie mit einer spezifischen Expertise auf einem weiteren Gebiet einhergeht.
2. Während viele Autoren für ihr Arbeitsfeld betonen, dass der Weg zum Erfolg im Grunde immer über die gleichen Etappen zu verlaufen hat, zeigen andere Beispiele auf, dass auch Quereinstiege, beziehungsweise häufige Wechsel von Zuständigkeiten oder sogar Branchen möglich sein können. Vor allem bei Tätigkeiten in der Politik folgen Karrieren oft einem ähnlichen Muster: der viel genannten „Ochsentour“. Ähnliches kann auch für eine universitäre Laufbahn gelten, wobei dies nicht ausschließlich bei der Politikwissenschaft der Fall ist. In wieder anderen Bereichen ist der übliche Einstieg der über Traineeprogramme und Praktika, die es dem Arbeitssuchenden nicht nur ermöglichen, einen möglichen Arbeitsbereich besser kennenzulernen, sondern sich gleichzeitig auch noch hilfreiche Qualifikationen anzueignen. Anders, so zeigen es zum Beispiel die Beiträge von Lempp und Borgerhoff, kann etwa der Sprung in die

Wirtschaft für einen Politikwissenschaftler auch als Quereinstieg und ohne vorhergegangene einschlägige Wirtschaftserfahrungen vollzogen werden.

3. Es bleibt die Frage, welche spezifischen Kompetenzen, Fähigkeiten und Lebenslaufstationen nun für den Berufseinstieg für Politikwissenschaftler besonders hilfreich sind. Solche „Erfolgsfaktoren“ einer Politikwissenschaftler-Karriere sind freilich in Abhängigkeit von dem angestrebten Berufsziel ganz unterschiedlich. Bis auf wenige Ausnahmen weisen allerdings alle Autoren auf eine Reihe von Faktoren hin, die auch Branchen-übergreifend Erfolg versprechen könnten. Dazu gehören neben einem guten Studienabschluss, einschlägiger Praktika, der Expertise in mindestens einem weiteren Gebiet und wenigstens Grundkenntnisse in Ökonomie und Kommunikationswissenschaft insbesondere die folgenden vier Kompetenzen:
  - a. Text- und Methodenkompetenz – schließlich ist das Schreiben das alltägliche Handwerkszeug der Politikwissenschaftler in fast allen denkbaren Berufen.
  - b. Das Verstehen von sozialem Wandel und gesellschaftspolitischen Prozessen, verbunden mit der Bereitschaft zu gesellschaftlichem – und für die Arbeit in politischen Institutionen, insbesondere (partei-)politischem – Engagement.
  - c. Die Lust am Reden (ob nun im Lehr-, im Politik- oder im Wirtschaftskontext) sowie die Freude am Zuhören.
  - d. Der Blick über den Tellerrand – denn mit einem allzu engen Fokus auf das eigene Fachgebiet werden auch die beruflichen Perspektiven unnötig eingeengt.

Wir wünschen allen Lesern eine interessante Lektüre und vielleicht sogar Inspiration für die eigene berufliche Entwicklung.

## TEIL 1: FORSCHUNG, LEHRE

### Berufsfeld Wissenschaft

Alexander Brand

*Dr. Alexander Brand hat 2010 an der Technischen Universität Dresden im Fach Politikwissenschaft promoviert. Seine Dissertation beschäftigte sich mit der Rolle von Massenmedien in der internationalen Politik. Derzeit arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.*

„... die Macht, die sich aus der Herrschaft über die strategischen Positionen und damit aus der ermöglichten Kontrolle des Vorwärtskommens der Konkurrenten ergibt...greift nur dann [gegenüber den Neuankommenden], wenn diese einwilligen, in das Wettbewerbsspiel einzutreten.“ [Bourdieu, Pierre, 1998: Homo Academicus, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 155]

Bourdieus Charakterisierung des wissenschaftlichen Betriebs als von Wettbewerb, Konkurrenz und Machtpositionen gekennzeichnet gilt sicherlich auch für die Politikwissenschaft, um die es hier im Folgenden als Tätigkeitsfeld für Politologen gehen soll. Man könnte hinzusetzen: Wer, wenn nicht gut ausgebildete Politikwissenschaftler, sollte dies auch sofort erkennen (und in Handlungserfolg umzumünzen verstehen)? Die Entscheidung dafür, eine wissenschaftliche Karriere zu beginnen, dürfte allerdings weniger darin begründet liegen, dass man sich bereits als studentischer Hilfswissenschaftler („Hiwi“) gut im Biotop Hochschule zurechtgefunden hat – wobei dies von Vorteil ist. Vielmehr motiviert wohl die Lust am Erkenntnisgewinn, die Freude am Verständnis, der Erklärung und der Vermittlung politischer Dynamiken zu diesem Schritt. Dass man in der Folge im Politikwissenschaftsbetrieb mittel- und langfristig hängenbleibt, allein weil man nichts Anderes mit sich anzufangen wusste, wird unter den gegebenen Umständen kaum noch vorkommen. Forschungs- und Publikationspflichten, gesetzliche Einschränkungen zur Beschäftigungsdauer laut Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG), das übersichtliche Angebot an unbefristeten Dauerstellen bzw. Professuren sowie die für

die meisten Kandidaten bestenfalls durchschnittlichen Verdienstchancen (siehe unten), bisweilen auch die volatilen Einkommensverhältnisse, wirken hier als Selektoren.

Es ist in diesem Zusammenhang aufschlußreich, dass die einschlägigen Berufsberatungsbroschüren der Arbeitsagentur „wissenschaftliche Tätigkeiten“ gar nicht mehr offensiv als Ausbildungsziel für Politologen bewerben. Offenkundig vertraut man hier auf die bewährten Rekrutierungspraxen: Über Hiwi- oder Tutorentätigkeiten, spätestens über eine Projektmitarbeit gen Studienende oder kurz nach Beendigung des Studiums öffnet sich die Tür für eine wissenschaftliche Laufbahn. Wie viele Absolventen eines politikwissenschaftlichen Studiums dies jährlich betrifft, lässt sich gar nicht leicht ermitteln, da überraschend wenig kontinuierlich erhobene, auf Fachebene heruntergebrochene Daten existieren. Laut der Bundesagentur für Arbeit (BfA, 2012: Gute Bildung – gute Chancen. Der Arbeitsmarkt für Akademikerinnen und Akademiker, S. 73) schließen in der Bundesrepublik pro Jahr ca. 4000 Studierende ein Studium der Politikwissenschaft ab (bei etwas über 8000 Studienanfängern). Von diesen – und hier wird es mangels deutschlandweiter Statistiken, mangels trennscharfer Kategorien in lokalen Absolventenstudien ebenso wie angesichts der Umstellung auf Bachelor- und Master-Studiengänge sehr unscharf – entschieden sich bis vor kurzem zwischen 10% und 20% für eine Tätigkeit in Forschung und Wissenschaft.<sup>4</sup>

Jüngere Studien, die sich aber nahezu ausschließlich auf Bachelorstudierende beziehen, geben hier in der Regel einen Prozentsatz unterhalb 10% an (und schließen zudem oft „Marktforschung“ mit ein), was nicht zuletzt dem Umstand geschuldet ist, dass das Masterstudium ein Muss für die weitere wissenschaftliche Tätigkeit ist. Nähert man sich dem Übergang von akademischer Ausbildung zu wissenschaftlicher Tätigkeit von der anderen Seite her an, so wird angesichts der kursieren-

<sup>4</sup>Grosso modo wird dieser Befund auch durch andere Studien gedeckt, siehe etwa die Zusammenstellung von Ergebnissen im Rahmen der Absolventenstudie der Ruhr-Uni Bochum, vgl. Habenicht, Karin, 2002: Absolventenbefragung an der Fakultät für Sozialwissenschaft, Ruhr-Universität Bochum, S. 62.

den Zahlen klar, dass es sich, setzt man „Wissenschaft“ in eins mit einer hauptamtlichen Tätigkeit als Politologe an einer deutschen Hochschule, um einen eher übersichtlichen Arbeitsmarkt handelt. Kürzlich hat der STERN in seiner „Jobampel Politikwissenschaft“ deren Zahl auf 1259 taxiert. Berufliche Sicherheit sieht sicherlich anders aus, auch wenn man einwenden mag, dass es im Zuge der Internationalisierung auch von akademischen Arbeitsmärkten noch umfangreichere Beschäftigungschancen gibt.

In der Tat wirken hier die eingangs angedeuteten strukturellen Gegebenheiten: Nur wenige der potenziellen Aspiranten werden tatsächlich Professuren oder eine unbefristete Anstellung als Politologe im Wissenschaftsbetrieb erlangen. Über die Karrierepfade allerdings entscheiden nicht zuletzt maßgeblich diejenigen mit, die derzeit die wichtigen Stellen besetzen – direkt über Patronage (Anstellung, Betreuung, Förderung) oder indirekt (*peer review* des Forschungsoutputs, Begutachtung von Forschungsanträgen etc.).

### **Aufgaben, Organisation, Vergütung**

Holzschnittartig verkürzt umfasst eine politikwissenschaftliche Tätigkeit in der Regel drei Felder: Forschung, Lehre und Administration; für diejenigen, die an außeruniversitären Forschungseinrichtungen Wissenschaft betreiben oder nicht auf universitären Mitarbeiterstellen promovieren, spielt „Lehre“ dabei eher eine nachrangige Rolle. Für alle aber gilt: „Forschung“ ist der Bereich, der wissenschaftsintern prämiert wird: *publish or perish*, gern auch in internationalen, zumeist englischsprachigen Fachzeitschriften, und erfolgreiche Drittmittelwerbung zu Forschungszwecken sind zwei der maßgeblichen Determinanten wissenschaftlichen Fortkommens bis hin zu einer politikwissenschaftlichen Professur.<sup>5</sup> Und in der Tat: die akademische Debatte mit aus Forschung resultierendem Erkenntnisge-

winn zu bereichern und/oder forschungsbasiert einen Beitrag zur Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme zu leisten, ist bzw. sollte die Kernmotivation für eine politikwissenschaftliche Karriere sein.

Das zweite Tätigkeitsfeld, die „Lehre“, leidet ein wenig darunter, dass es wissenschaftsintern wie wissenschaftspolitisch vergleichsweise stiefmütterlich behandelt wird. Nicht umsonst ist die Exzellenzinitiative des Bundes auf Forschung ausgerichtet. Allen Bekundungen der Notwendigkeit von (mehr) „Exzellenz in der Lehre“ zum Trotz ist jedenfalls in dieser Hinsicht kaum etwas geschehen – abgesehen von der Einführung von Lehrkräften mit hohem Lehrdeputat zur Minderung der Lehrüberlast an Universitäten. Dem Hörensagen entnimmt man bisweilen auch, dass (gute) Lehre in Berufungsverhandlungen überraschend wenig Einfluss besitzt. Formal besteht das Lehrdeputat bei wissenschaftlichen Mitarbeitern auf einer Vollzeitstelle in der Regel aus zwei Veranstaltungen pro Semester, bei oben benannten Lehrkräften und Universitätsprofessoren aus vier Veranstaltungen pro Semester; Tätigkeiten an Fachhochschulen sind deutlich lehrintensiver.

Das dritte Tätigkeitsfeld umfasst „administrative Aufgaben“: Neben der Organisation des Lehr- und Prüfungsbetriebs, des Personalbestandes an Lehrstühlen bzw. an Instituten ist hier auch die Übernahme von Funktionen in der akademischen Selbstverwaltung – Räte, Ausschüsse, Gremien auf verschiedenen Ebenen – zu nennen.

Aber wer bzw. wie viele gehen einer solchen Tätigkeit nach? Hier ist man aus genannten Gründen gezwungen, im Ungefähren zu bleiben. Die Daten des Statistischen Bundesamtes geben nur die Anzahl von Professoren in der Fächergruppe „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ an; disziplingeschichtliche Arbeiten wie Bleek (Bleek, Wilhelm, 2001: Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland, München: Beck, S. 313) schätzen die Anzahl der politikwissenschaftlichen Professuren auf „knapp dreihundert“, allerdings Stand 2000. Nimmt man die Juniorprofessuren hinzu, von denen es laut Deutscher Vereinigung für Politische Wissenschaft derzeit 21 gibt und unterstellt man einen leichten Zuwachs, so wird man, ebenso wie die Duisburger Absolventenstudie von 2006 von etwa 350 „Powi“-

<sup>5</sup> Vgl. auch den instruktiven Aufsatz: Plümper, Thomas, und Frank Schimmelfennig, 2007: Wer wird Prof – und wann? Berufungsdeterminanten in der deutschen Politikwissenschaft, in Politische Vierteljahresschrift 48, 1, 97-117, Pflichtlektüre für alle Aspiranten auf eine wissenschaftliche Laufbahn!

Professorenstellen an deutschen Hochschulen ausgehen können. Noch schwieriger ist es, die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter im Fach abzuschätzen. Neben der Volatilität des Arbeitsmarktes – Ausstieg aus der wissenschaftlichen Karriere, Befristungen gemäß Wissenschaftszeitvertragsgesetz, temporäre Anstellungen in Drittmittelprojekten – wirken hier auch mittlerweile übliche Beschäftigungspraxen einer exakten Datenerhebung entgegen. So werden Stellen geteilt, Werkverträge ausgegeben, gering bezahlte Hilfskraftstellen geschaffen etc.

In puncto Verdienstmöglichkeiten besteht ein breit gefächertes Spektrum. Nach der Einführung der sogenannten W-Besoldung für Professoren lässt sich das je nach Bundesland variierende Grundgehalt ohne Leistungszulagen, vor Abzügen, in folgender Bandbreite angeben: 4000 Euro (Juniorprofessur bzw. W1 oder W2 in Berlin) – 5600 Euro (W3 in Baden-Württemberg). Als Nachwuchswissenschaftler kann man demgegenüber, je nach Anstellungsform, mit folgender Vergütung rechnen: Wissenschaftliche Mitarbeiter, auf einer Vollzeitstelle an einer Universität nach Tarif TV-L E 13 eingruppiert, verdienen zwischen 3000 und 4000 Euro *vor Abzügen* (der Akademische Rat in Süddeutschland wird besser gestellt sein als der Anfänger auf einer der üblichen Teilzeitstellen). Der Verdienst in einem drittmittelfinanzierten Projekt ist in etwa angelehnt daran (z.B. bei DFG-Projekten). „Auf die Hand“ bedeutet das mitunter ganz Unterschiedliches, über den Daumen gepeilt bei einer Halbtagesstelle zwischen 1000 und 1500 Euro, bei einer Vollzeitstelle zwischen 1800 und 2200 Euro. In einem stipendienbewährten Forschungskolleg bzw. in Form eines Promotionsstipendiums kann man mit etwa 1000 bis 1500 Euro monatlich rechnen.

Dies sind allerdings, wie betont werden muss, Berechnungen auf Basis günstiger Anstellungsbedingungen. Auch die Politikwissenschaft ist vor zunehmender Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse nicht gefeit: kurzfristige Teilzeitbeschäftigungen, wissenschaftliche Hilfskraft (WHK) -Verträge bzw. Werkverträge, „um sich über Wasser“ oder eben die betreffenden Personen „im akademischen System“ zu halten, sind nicht unüblich. Gerade die Prekarisierung im Übergang von Mittelbaudasein zur (Hoffnung auf) Ruferteilung als ProfessorIn

ist keine exotische Ausnahmerecheinung. Über Habilitierte, die gezwungen sind, mitunter schlecht bezahlte Vertretungsprofessuren anzunehmen, kostenlose Titellehre anzubieten oder als Geringverdienende mit schlecht vergüteten Lehraufträgen „aufstocken“ müssen, existieren allerdings keine belastbaren Zahlen, nur Anekdoten.

### **Sich für die Wissenschaft entscheiden?**

Einige der Fragen, die sich in nicht-akademischen Tätigkeitsfeldern für Politologen stellen, machen im Kontext des (Politik-) Wissenschaftsbetriebs kaum Sinn. Entscheidet sich ein Politologe für eine wissenschaftliche Karriere, dann ist er in seinem Arbeitsumfeld „kein Exot“. Wissen um politikwissenschaftliche Inhalte, methodische wie inhaltliche Expertise, sehr gute Noten bilden die unhinterfragte (und auch logische) Voraussetzung für eine wissenschaftliche Tätigkeit. Die im Hinblick auf andere Tätigkeitsbereiche – außerhalb von Hochschule und Forschungseinrichtungen – oftmals bemühten „soft skills“ sind auch im akademischen Betrieb notwendig, nicht zuletzt um in diesem im Sinne Bourdieus „vermachteten“ Feld strategisch klug und erfolgreich zu handeln.

Dass es in dem skizzierten „Wettbewerbsspiel Wissenschaft“ nicht nur um Konkurrenz hinsichtlich von Wahrheit und Erkenntnis, sondern eben gerade auch um extrem knappe Güter: langfristig gesicherte Beschäftigungs- und Verdienstverhältnisse geht, sollte andererseits nicht dazu verleiten, von vorne herein um diesen Tätigkeitsbereich herum zu navigieren. Zum einen kann eine begonnene wissenschaftliche Karriere – etwa bis zur Promotion – immer auch in eine andere Tätigkeit münden. Zum anderen darf man behaupten, dass diejenigen, die beizeiten während ihres Studiums merken, dass sie nicht nur um des Nebenverdienstes willen als Hiwis an einem politikwissenschaftlichen Lehrstuhl jobben, sich kaum eine erfüllendere Tätigkeit vorstellen können. Das ebenso wie der tatsächliche *Spaß* (! – nicht nur die Erleichterung, es hinter sich gebracht zu haben) daran, eigene Forschung im Rahmen einer Abschlussarbeit voranzutreiben, könnten Argumente sein, sich trotz unsicheren Ausgangs auf eine Karriere in der akademischen Politikwissenschaft einzulassen.

## **Berufsfeld wissenschaftliche Begleitforschung**

*Angela Meyer und Gregor Giersch*

*Dr. Angela Meyer und Gregor Giersch sind Gründungsmitglieder des interdisziplinären Forschungsvereins Organisation for International Dialog and Conflict Management (IDC) in Wien. Seit über 6 Jahren arbeiten sie als Koordinator oder Partner in der Umsetzung von Forschungsprojekten mit sozialwissenschaftlicher Ausrichtung im Rahmen europäischer oder nationaler Förderprogramme.*

Zu Beginn eines Studiums der Politikwissenschaft mag es schwer vorstellbar erscheinen, sich nach dem Abschluss mit Bio- oder Nanotechnologie, erneuerbaren Energien oder Robotik zu beschäftigen. Dabei wird allerdings übersehen, dass gerade auch Thematiken, die auf den ersten Blick als „rein technisch“ erscheinen, für uns interessante sozialwissenschaftliche Fragestellungen aufwerfen. Technische Innovationen und damit verbundene technologische Entwicklungen lassen sich für Fragen des gesellschaftlichen Wandels nicht ignorieren und bergen immer beides: Chancen und Risiken für gesellschaftliche Akteure, Institutionen und Prozesse politischer Gestaltung. Diese zu erkennen, zu untersuchen und zu kommunizieren, - also die Gesellschaft allgemein und die Politik im besonderen über die Gestaltungsmöglichkeiten aufzuklären – ist Gegenstand der Begleitforschung.<sup>6</sup>

### **Worum genau geht es in Begleitforschung und Technikfolgenabschätzung?**

---

<sup>6</sup> Definitionen und historische Angaben in diesem Artikel stützen sich auf: Ulrich Fiedeler/ Michael Nentwich (2009) Begleitforschung. Zur Klärung eines politischen Begriffs. Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis, n°2, 18. Jg; sowie Armin Grunwald (2002) Technikfolgenabschätzung - eine Einführung. Berlin: Edition Sigma, 2002

Unter Begleitforschung werden jene gesellschaftlich geforderten Forschungstätigkeiten zusammengefasst, die nicht direkt der Technologieentwicklung dienen, sondern diese begleiten, um relevante soziale Fragen zu untersuchen. In ihrer Ausrichtung, welcher Aspekt des Zusammenwirkens zwischen Gesellschaft und Technik untersucht werden soll, können Begleitforschungsprojekte allerdings ziemlich von einander abweichen, weil der Begriff nicht wirklich eindeutig definiert ist. Im engeren Sinn können drei Hauptausrichtungen genannt werden. Ein zentraler Teil der Begleitforschung ist die Technikfolgenabschätzung. Sie beschäftigt sich damit, welche Auswirkungen Technologien auf die Gesellschaft oder bestimmte gesellschaftliche Gruppen, etwa in Form etwaiger Risiken und unbeabsichtigter Folgeerscheinungen, haben können. Weiters kann der Fokus bei der Evaluierung von Technologien auch auf gesundheits-, umwelt- oder sicherheitsrelevanten Fragen liegen. Schließlich können auch ethische, rechtliche und gesellschaftliche Aspekte eine wichtige Rolle spielen, wenn etwa der Zusammenhang zwischen der gesellschaftlichen Akzeptanz bestimmter Innovationen von ethischen oder moralischen Bedenken abhängt oder es um die Frage geht, inwieweit ein gegebenenfalls möglicher Technologiemißbrauch spezielle Regulierungen und Gesetzgebungen erfordert.

### **Ein Aufgabenbereich für Politikwissenschaftler**

Begleitforschung und Technikfolgenabschätzung dienen häufig dem Zweck, politische Akteure über gesellschaftliche Implikationen von Wissenschaft und Technologien zu informieren. Forschungsergebnisse unterstützen somit politische Entscheidungen, sowie Gesetzgebungsverfahren. Darüber hinaus können Gutachten und Studien auch nützlich sein, um anderen beispielsweise wirtschaftlichen Akteuren oder der Öffentlichkeit, Risiken zu beschreiben und zu kommunizieren, um so mögliche Handlungsoptionen und –szenarien aufzuzeigen, zu vergleichen und zu bewerten. Wichtig ist allerdings hervorzuheben, dass es sich bei Begleitforschung im Gegensatz zur Lobbyarbeit nicht um die Betonung von Argumenten einer bestimmten Interessengruppe handelt, sondern um den Versuch, durch

Versachlichung eventuelle Interessensgegensätze einer Lösung im Sinne politischer oder rechtlicher Regelungen zuzuführen. Auch zielen Begleitforschungsaktivitäten nicht direkt auf die Einführung neuer Produkte, deren ökonomische Verwertung oder Akzeptanz durch Konsumenten auf dem Markt. Vielmehr geht es um ein Erforschen der Wechselwirkungen von Technik bzw. Wissenschaft und Gesellschaft.

Für Politikwissenschaftler ergibt sich somit ein interessantes Berufsfeld, in dem zum einen Methoden der empirischen Sozialforschung und Fragestellungen der politischen Theorie zur Anwendung kommen, das aber zum anderen auch Aufgaben im Bereich der Politikberatung und der Wissenschaftskommunikation umfasst. Darüber hinaus sind Begleitforschung und Technikfolgenabschätzung interdisziplinäre Bereiche, die meist eine enge Zusammenarbeit nicht nur mit anderen Sozialwissenschaftlern sondern auch mit Naturwissenschaftlern und technischen Experten erfordert. Politikwissenschaftler, die sich für eine Tätigkeit in diesem Bereich interessieren, sollten daher auf jeden Fall offen und zugänglich für Fragen technologischer Entwicklung und deren gesellschaftstransformativen Wirkungen sein, keine Berührungsängste mit technischen Fragen haben und Interesse am Austausch mit anderen Disziplinen mitbringen. Die häufig in Form von Projekten organisierte Forschungsarbeit stellt für Sozialwissenschaftler umso mehr ein spannendes Arbeitsfeld dar, je weiter der Fokus über eine rein technische Evaluierung (z.B. epidemiologische Studien) oder anderen empirischen Erhebungen (z.B. Risikowahrnehmung oder Akzeptanz) hinausreicht, und die Befunde auch mit Fragen gesellschaftlicher Entwicklungen und politischer Gestaltungsspielräume verknüpft werden.

So wie die meisten theorieorientierten sozialwissenschaftlichen Studienfächer vermittelt das Studium der Politikwissenschaft Orientierungswissen, das es ermöglicht, komplexe Zusammenhänge zu erkennen und soziale Prozesse und Interessen zu verstehen. Insofern bietet es eine gute Voraussetzung für eine Tätigkeit in der Begleitforschung. Orientierungswissen ist besonders dann wichtig, wenn es darum geht, Begründungszusammenhänge für die Einschätzung und Beurtei-

lung gesellschaftlicher Veränderungen im Zusammenhang mit neuen Technologien zu erarbeiten aber auch kritisch zu analysieren. Das Studium der Politikwissenschaft vermittelt des weiteren Methoden der empirischen Sozialforschung, die besonders dann wichtig sind, wenn es darum geht, gesellschaftliche Erwartungen, sowie Ängste und Bedenken zu erheben. Eine wichtige Rolle spielt außerdem das Wissen um gesellschaftliche Wissensverarbeitung und das Zustandekommen von Entscheidungsfindungsprozessen, Gesetzgebungsverfahren, aber auch Prozessen der Meinungsbildung und Konflikten. Schließlich ist es auch von Nutzen, wenn Interessenten auch sogenannte weiche Kompetenzen, also *soft skills* mitbringen und wissen, wie man komplexe Themen kommuniziert und erklärt.

Wer sich vor diesem Hintergrund für eine Beschäftigung in Begleitforschung und Technikfolgenabschätzung interessiert, sollte sich darüber im Klaren sein, dass – wie in vielen anderen (sozial-)wissenschaftlichen Berufsfeldern auch – feste Anstellungsverhältnisse eher Ausnahme als Regel sind. Zum einen ist die Zahl der Institutionen, die in diesem Bereich arbeiten, begrenzt. In Deutschland spielt insbesondere das Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) eine wichtige Rolle. Das ITAS betreibt seit 1990 das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB), das im Auftrag des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung relevante Themen bearbeitet. In der Regel beauftragt das TAB seinerseits externe Experten und Institute zur Erstellung von Gutachten, auf deren Grundlage es dann das Parlament berät. Darüber hinaus wird Begleitforschung auch oft an Universitäten oder anderen Forschungseinrichtungen durchgeführt: entweder im direkten Zusammenhang oder sogar als Teil eines parallel laufenden naturwissenschaftlichen oder technologischen Projekts, oder fokussiert auf bestimmte technologische Entwicklungsfelder, wie etwa der Biotechnologie oder der Nanotechnologie. Für diese Art der Begleitprojekte werden in vielen Forschungsprogrammen, wie etwa jenen von der Europäischen Kommission oder von Ministerien, oft eigene Mittel vorgesehen.

Projektstellen an Universitäten oder anderen Forschungseinrichtungen können ein möglicher Einstieg für Studienabsolventen sein. Auch wenn es sich hierbei in der Regel um Anstellungen handelt, deren Dauer und Vergütung eng an die verfügbaren Projektmittel gebunden sind, kann die hierbei gewonnene oder vertiefte Expertise aber auch ein Türöffner für weitere Aufträge, Studien und Gutachten sein. Für Institute, die im Bereich der Begleitforschung tätig sind, sind Sozialwissenschaftler mit einem fundierten technischen Wissen, beziehungsweise der Bereitschaft, sich in technische Themenfelder einzuarbeiten, oftmals schwer zu finden. Daraus ergeben sich umgekehrt auch die Chancen für Interessenten, die sich diesen Herausforderungen stellen.

## **Berufsfeld Lehramt Gemeinschaftskunde**

*Marina Suhm*

*Studienrätin Marina Suhm studierte Politikwissenschaft und Germanistik in Heidelberg und absolvierte ihr Referendariat am Staatlichen Seminar für Didaktik und Lehrerbildung in Heidelberg. Nach ihrem Referendariat wurde sie am Gymnasium Achern verbeamtet und unterrichtet dort Gemeinschaftskunde, Deutsch und Wirtschaft. Ferner war sie lange Jahre als Verbindungslehrerin (SMV) tätig, engagierte sich in der Steuergruppe der Schule für Schulentwicklung, ist Fachbetreuerin für Gemeinschaftskunde und Wirtschaft und ist seit einem Jahr am Gymnasium Achern für die Studien- und Berufsberatung verantwortlich.*

“Politik (-Unterricht) ist das geduldige Bohren dicker Bretter mit Leidenschaft und Augenmaß.” Dieses (abgewandelte) Zitat von Max Weber beschreibt nicht nur das politische Geschäft zutreffend, sondern umschreibt recht treffend die alltäglichen Herausforderungen eines Gemeinschaftskundelehrers. Das Handwerkszeug des Pädagogen zum Bohren dieser Bretter sind nicht in erster Linie die politikwissenschaftlichen Fachkenntnisse sondern didaktische und pädagogische Kompetenzen. Leidenschaftliche Hingabe zur Arbeit mit jungen Menschen sollte die Basis des Pä-

dagogen sein, um den Schülerinnen und Schülern Inhalte und Kompetenzen zum Verständnis gesellschaftlicher Prozesse zu vermitteln. Als angehende Lehrkraft ist zentral, dass didaktische, pädagogische und soziale Fähigkeiten ebenso wichtig sind wie wissenschaftliches Fachwissen. Erfolgreiche Lehrer wenden jeden Tag aufs Neue zeitgemäße und abwechslungsreiche Methoden an, um den jungen Staatsbürgern z.B. die Funktionsweise unseres politischen Systems näher zu bringen. Das übergeordnete Ziel ist es, dass im Laufe der Jahre aus Kindern/Jugendlichen politisch und selbständig denkende, rational urteilende und sozial und demokratisch verantwortlich handelnde Individuen werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, muss der Gemeinschaftskundelehrer mit den Ressourcen eines Nebenfaches – also mit meist zwei Stunden pro Woche – auskommen. Leider genießt daher das Fach Gemeinschaftskunde bei Schülern, Eltern und im schulischen Betrieb oft nicht das Ansehen, das es verdient. Erst in der Kursstufe können die Schüler gemäß ihren Neigungen das Fach in den Stand eines Hauptfaches erheben und ihr Abitur in Gemeinschaftskunde ablegen. Diese Phase fordert verstärkt die fachliche und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit ausgewählten abiturrelevanten Themen.

Der klassische Weg zum Gymnasiallehrer für Gemeinschaftskunde ist nach wie vor ein Hochschulstudium der Politikwissenschaft und eines oder mehrerer weiterer Fächer mit dem Abschlussziel erstes Staatsexamen. Zwischen erstem und zweitem Staatsexamen findet das 18monatige Referendariat an einer Ausbildungsschule und an einem pädagogischen Seminar statt. Die Einstellungschancen nach einem erfolgreichen zweiten Staatsexamen variieren sehr - in Abhängigkeit vom politischen Willen der jeweiligen Landesregierung in Bildung zu investieren. Die Einstellungschancen variieren aber auch in Abhängigkeit vom Bedarf der jeweiligen Fächerkombination. Somit ist auch die Wahl des Zweit- bzw. Drittfachs entscheidend. Eine generelle Aussage zur beruflichen Perspektive lässt sich daher nicht treffen. Hochschulabsolventen, die eine Stelle an einem Gymnasium bekommen und verbeamtet werden, kommen jedoch vom Start weg in den Genuss eines weit überdurchschnittlichen Einstiegsgehalts und eines

hohen Maßes an sozialer Sicherheit. Der Preis der Sicherheit ist die örtliche Gebundenheit und begrenzte Aussichten für weitere Gehaltssteigerungen.

Grundsätzlich ist Gemeinschaftskunde ein überdurchschnittlich vorbereitungsintensives Fach. Der Aktualität verpflichtet, sind die Unterrichtsgegenstände oft lange auf der Suche nach neuen Statistiken, Karikaturen, Texten und Filmmaterial. Sie können begrenzt oder nur kurze Zeit auf einen Fundus zurückgreifen. Auch die fachspezifischen didaktischen Prinzipien – wie Problemorientierung oder Kontroversität – haben aufwendige Unterrichtsentwürfe zur Folge. Insgesamt sind die Arbeitszeiten stark von der jeweiligen Phase im Schuljahr abhängig. Auf intensive Arbeitsphasen, in denen bis abends vorbereitet, am Wochenende korrigiert und z.B. das Abitur vorbereitet wird, folgen eher entspanntere Phasen. Zu bedenken ist auch, dass in den langen Schulferien oft korrigiert und vorbereitet werden muss.

Die Arbeitszeit verteilt sich auf das heimische Arbeitszimmer und die Schule bzw. den Klassenraum. Unterrichtsvorbereitung und Klausurkorrekturen finden meist im heimischen Arbeitszimmer statt. In der Schule beschäftigt man sich hauptsächlich – neben dem eigentlichen Unterricht – mit Verwaltungs- und Gremienarbeit sowie mit den vielfältigen Aufgaben des Klassenlehrers oder betreibt Elternarbeit. Auch die Organisation außerunterrichtlicher Aktivitäten, wie Studienreisen, Exkursionen, Expertengesprächen etc. nimmt viel Zeit ein. In Summe ist die Auseinandersetzung mit politikwissenschaftlichen Inhalten nur ein Bestandteil von vielen im Alltag eines Gymnasiallehrers. Dennoch gibt es zahlreiche Fortbildungen in unterschiedlichen Bereichen, z.B. Methodik, fachwissenschaftliche Seminare oder Persönlichkeitsentwicklung.

Der Student der Politikwissenschaften sollte sich im Klaren sein, dass im Lehrbetrieb Wissenschaft und Pädagogik gleichberechtigt sind. Darüber hinaus werden häufig Grenzen zu benachbarten Disziplinen überschritten (Soziologie, Wirtschaft, Recht) - dies macht den Beruf vielschichtig und abwechslungsreich. Außerdem ist es kein Arbeiten im stillen Kämmerlein, sondern ein stetiger Austausch mit Menschen. Die Heranführung von Kindern und jungen Erwachsenen an diese wichtigen

Themen ist sehr sinnstiftend, erfüllend und motivierend. Insbesondere der Politikwissenschaftler erfüllt hier tatsächlich eine für die Gesellschaft wichtige und zukunftsweisende Aufgabe. Daher sollte man sich schon während des Studiums darüber im Klaren werden, ob man die entsprechenden persönlichen Eigenschaften mitbringt. Dies gelingt am besten durch frühzeitige Praktika (eventuell auch über das obligatorische im Studium hinaus) oder grundsätzlich durch das Arbeiten mit jungen Menschen (z.B. in Vereinen, Organisationen). Mit der entsprechenden Leidenschaft klappt es dann auch mit dem Bohren der dicken Bretter.

## TEIL 2: POLITISCHE UND POLITIKNAHE INSTITUTIONEN

### **Berufsfeld Politik**

*Sabine Friedel*

*Sabine Friedel ist seit 2009 Mitglied des Sächsischen Landtages. Nach ihrem Studium der Politikwissenschaft war sie zwei Jahre als persönliche Referentin des Dresdner Oberbürgermeisters tätig, im Anschluss sechs Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der TU Dresden. Seit dem Jahr 2000 engagiert sie sich in der SPD, sie ist Mitglied des sächsischen Landesvorstandes und Vorsitzende der SPD Dresden.*

Besonders gern gesehen sind sie nicht, die Politikwissenschaftler in der Politik. Denn Politik ist eine Jedermanns-Kunst. So soll es ja auch sein in einer Demokratie. Da weckt die ‚studierte Politikerin‘ zuweilen Misstrauen: Dass beispielsweise das politische Engagement nur aus Karrieregründen erfolge, weil man ja keinen ‚richtigen Beruf‘ habe (Kreißaal – Hörsaal – Plenarsaal). Dass die wohl glaube alles besser zu wissen, weil sie es ja studiert hat. Und dass sie das eine oder andere am Ende vielleicht tatsächlich besser weiß. Politikwissenschaftler starten nicht unbedingt mit einem Bonus in der Politik. Lohnenswert ist das Berufsfeld dennoch, wenn man sich vorher über einiges klar wird:

1. Politik ist im Regelfall ein Ehrenamt, nur im Ausnahmefall ein Beruf. Deutschlands Parteien haben insgesamt mehr als eine Million Mitglieder. Doch von der Politik leben können nur jene, die auf Landes-, Bundes- oder europäischer Ebene ein Abgeordnetenmandat innehaben. Das sind etwas über 2000 Personen, also rund 0,2% aller Parteimitglieder. Wer mit dem Vorhaben, Karriere zu machen, in eine Partei eintritt, wird zumeist scheitern (und das ist auch gut so).
2. Es gibt sie, die viel gerühmte ‚Ochsentour‘ in den Parteien. Und sie hat ihren Sinn. Wer ein Mandat erlangen will, muss gewählt werden – und zwar zuerst von den Parteimitgliedern. Da zählt natürlich einerseits die fachliche Qualifikation bzw. die Sachkompetenz. Genauso viel jedoch zählen „soft skills“ wie Zuverlässigkeit, Empathie, Fleiss, Kritik- und Integrationsfähigkeit, Durchsetzungsvermögen und Kompromissbereitschaft. All das gilt es in Jahren ehrenamtlichen Engagements zu entwickeln und nachzuweisen. Quereinsteiger wie Paul Kirchhoff oder Joachim Gauck zeigen, dass allenfalls vorpolitische Prominenz die innerparteiliche Beweisführung ersetzen kann – beim einen mehr, beim anderen weniger nachhaltig.
3. Politik ist als Beruf nur teilweise attraktiv. Zum einen macht eine politische Karriere immobil: Die Ochsentour verlangt jahrelanges Engagement am gleichen Ort. Wer umzieht, beginnt in den neuen Parteistrukturen nahezu bei Null. Zum anderen ist eine politische Karriere recht unsicher. Es ist nicht selbstverständlich, das errungene Direktmandat bzw. den guten Listenplatz bei der nächsten Wahl verteidigen zu können. Und der berufliche Wiedereinstieg ist für ehemalige Mandatsträger, die nicht aus dem öffentlichen Dienst oder der Selbständigkeit kommen, schwierig. Politiker verdienen dafür überdurchschnittlich – ca. 5000 bis 15000 Euro im Monat, haben aber auch mit unregelmäßigen Arbeitszeiten und einem irritierenden

Mix aus persönlicher Anerkennung und öffentlicher Verachtung zu kämpfen.

Das politikwissenschaftliche Studium ist für eine Karriere in der Politik weder unverzichtbar noch wertlos. Gute Politiker kommen ohne ein solches Studium aus, nicht aber ohne die Fähigkeiten, die es vermittelt: In kurzer Zeit große Textmengen lesen und verarbeiten, komplexe Sachverhalte analysieren und auf Wesentliches reduzieren, präzise Fragestellungen formulieren und Lösungsoptionen entwickeln. Diese Fertigkeiten helfen in der politischen Praxis bei der Lektüre von Gesetzentwürfen und Verordnungen, beim Durchdringen fachpolitischer Probleme und bei der Formulierung von Anträgen und Positionspapieren.

Mindestens ebenso wichtig sind jedoch zwei Dinge, welche das politikwissenschaftliche Curriculum nicht abdeckt: Rhetorik und Entscheidungskraft. Wobei mit Rhetorik hier nicht einfach das Halten guter Reden gemeint ist. Das zu können, kann nicht schaden. Wichtiger noch ist die Fähigkeit zur konstruktiven Gesprächsführung. Das politische Leben besteht zum allergrößten Teil aus Gesprächen – in Parteigremien, mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Interessenvertretern, mit Abgeordneten aus anderen Fraktionen, mit dem Koalitionspartner, mit den Medien. Und oft genug haben die Gesprächspartner gegensätzliche Auffassungen, andere Interessen, verdeckte Motive. Hier zu bestehen, Verständnis zu wecken, gemeinsame Interessen zu finden und kleine Erfolge zu erringen, bedarf rhetorischer Befähigungen, die mit Zielorientierung, logischem Argumentationsvermögen, aktivem Zuhören, Anerkennung und Empathie noch lange nicht erschöpfend beschrieben sind. Nicht nur das Studium der Politikwissenschaft, sondern jeder Bildungsgang würde mit einem Modul „Rhetorik und Gesprächsführung“ ungemein an Wert gewinnen – und ein guter Teil privater, beruflicher und gesellschaftlicher Konflikte könnte wohl von vornherein vermieden werden.

Entscheidungskraft hingegen ist eine Fähigkeit, für die das Studium der Politikwissenschaft sogar ein Handicap sein kann. Wer seine akademische Lektion in Sachen Multiperspektivität, kritischer Distanz und normativer Reflektion gelernt hat, der tut sich im politi-

schen Alltag zunächst mit Entscheidungen schwer. Einerseits gilt dieses, andererseits aber auch jenes; Position A ist nachvollziehbar, Position B aber auch. Gut möglich, dass man einige Zeit damit vergeudet, die richtige, die ‚wahre‘ Entscheidung zu suchen. Bis man dahinter kommt, dass Politikwissenschaft und Politik eben doch zwei ganz verschiedene Dinge sind: In der Politikwissenschaft geht es um Wahrheit, um objektiv richtig oder falsch. Die Politik hingegen sucht nicht nach Wahrheit. Sie orientiert sich an Werten, es geht um subjektiv gut oder schlecht. Das wird zuweilen gern kaschiert – man denke nur an die Aussage Gerhard Schröders, es gäbe keine sozialdemokratische oder christdemokratische Wirtschaftspolitik mehr, sondern nur noch moderne und unmoderne. Das ist natürlich eine taktische Verunglimpfung von Werteorientierung als ‚Ideologie‘ – wie sie gerade von neoliberaler Seite so gern verwandt wurde, um die eigene Ideologie als völlig objektiv und unideologisch zu immunisieren. Wer politische Entscheidungen treffen will, der muss wissen, welchen Werten er im Zweifel und im Einzelfall den Vorrang gibt, wenn sie sich manchmal nur gegeneinander optimieren lassen: Freiheit, Sicherheit, Gleichheit? Wer sich während des Studiums intensiver im Bereich der politischen Theorie getummelt hat, dem könnte es zumindest etwas leichter fallen, hier einen eigenen Wertekompass zu entwickeln. Ein Studium der Politikwissenschaft bereitet also nur teilweise auf eine politische Karriere vor. Mindestens ebenso hilfreich sind in Praktika gesammelte Erfahrungen, das Engagement in Studierendenvertretungen, NGOs oder einer Partei und die Teilnahme an Rhetorik-, Moderations- oder Projektmanagementkursen. Alles in allem ist die Politik ein äußerst interessantes Berufsfeld für all jene Politikwissenschaftler, die – mit Leidenschaft und Demut zugleich – daran interessiert sind, bestehende Verhältnisse nicht nur zu beschreiben, sondern sie zu ändern.

## **Berufsfeld Parteien** *Christian Demuth*

*Dr. Christian Demuth studierte Politikwissenschaft, Neuere/Neueste Geschichte und Deutsche Literaturwissenschaften in Augsburg und Wien. Er promovierte an der TU Dresden und arbeitete in verschiedenen Bereichen der Politischen Bildung und der Politikberatung. Seit 2007 ist er als Referent für Strategie, Grundsatzfragen und Analyse im Parteivorstand der Bundes-SPD tätig.*

Die Hauptarbeit in Parteien wird von ehrenamtlichen Mitgliedern sowie von den Abgeordneten in Parlamenten und Vertretungskörperschaften getragen. Daneben gibt es jedoch eine im Vergleich zur Mitgliederzahl kleine Gruppe an hauptamtlichen Mitarbeitern in den Parteien, oftmals abwertend als „Funktionäre“ bezeichnet, die als Referenten in den Parteigliederungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene (Bezirk- und Kreisebene) arbeiten.

Die Aufgabenprofile der Mitarbeiter der Parteien ergeben sich aus der Funktion der Parteien selbst:

- Unterstützung der Erarbeitung politischer Inhalte sowie von Strategien für die Einführung der politischen Ziele in den staatlichen Willensbildungsprozess.
- Organisation und Erstellung von Plattformen, Kampagnen und Material zur Kommunikation und Vermittlung politischer Inhalte gegenüber den Bürgern, verbunden etwa mit Presse- und Öffentlichkeitsarbeit oder der Gestaltung öffentlicher Veranstaltungen.
- Umsetzung der Mobilisierungsfunktion von Bürgern zur aktiven politischen Mitarbeit und zur Wahlbeteiligung durch die Organisation von Wahlkämpfen und der Unterstützung eines aktiven Parteilebens.
- Auf Bundesebene finden sich zudem einige wenige Referenten für Internationales für den Kontakt mit Schwesterparteien in Europa und der Welt.

Die Rolle der einzelnen politischen Referenten wird dabei oftmals unterschätzt: Sie sind zwar nur ausführende Personen der politisch legitimierten und gewählten Entscheidungsträger in den Parteien. Gleichwohl haben sie teilweise erheblichen Einfluss, indem sie Inhalte, Formate und Ideen vorstrukturieren und letztlich Rädchen im politischen System bilden, die

abhängig von Position, Können und Einfluss der eigenen Person, aber auch von der Situation der Partei einiges in der Politik bewegen können. Der Einfluss der Parteizentralen ist daher naturgemäß in Oppositionszeiten stärker, weil in Zeiten der Regierungsarbeit der Einfluss der Ministerien oder der Regierungszentrale gegenüber den Geschäftsstellen steigt. Gleichzeitig können Parteizentralen sicherlich auch Sprungbretter sein für Jobs in Parlamenten und Ministerien.

Es bestehen dabei teilweise große Unterschiede zwischen Bundes- und Landesparteien, aber auch zwischen den verschiedenen Parteien selbst. Während die Parteizentralen des Konrad-Adenauer-Hauses (CDU) oder des Willy-Brandt-Hauses (SPD) weit über 100 Mitarbeiter beschäftigen, sind die kleineren Parteien – allein schon aufgrund geringerer Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen – gezwungen, ihre politische Arbeit stärker auf die Fraktionen des Bundestages und der Landtage zu konzentrieren. Bei den meisten großen Parteien orientiert sich die Bezahlung an dem Lohngefüge im öffentlichen Dienst.

Je größer die Parteizentralen, umso mehr finden sich dort Spezialisten; umso kleiner die Einheiten, um so mehr sind Generalisten gefragt. Folglich gibt es im Konrad-Adenauer-Haus oder im Willy-Brandt-Haus Experten für die verschiedensten Policy-Bereiche, etwa für Gesundheits- oder Arbeitspolitik, für die Weiterbildung innerhalb der Partei, für Eventmanagement und Öffentlichkeitsarbeit. Es gibt ebenfalls Generalisten beispielsweise im Bereich Kommunikation, Strategie und Grundsatzzfragen; oder den Job der recht einflussreichen Büroleiter der einzelnen politischen Entscheidungsträgern, etwa der Parteivorsitzenden oder Generalsekretäre. Auf den unteren Ebenen der Parteien sowie in kleinen Landesverbänden stehen hingegen viel stärker Generalisten und Organisatoren im Vordergrund, weil wenige Personen ein riesiges Spektrum an Aufgaben umsetzen müssen. Hier geht es zudem – auch aus Zeit- und Ressourcenmangel – weniger um die Erarbeitung inhaltlicher Inputs, sondern eher um klassische politische Organisationsarbeit innerhalb der Partei.

Sowohl die Experten als auch die Generalisten können durch ein politikwissenschaftliches Studium wichtige Grundlagen erwerben – mehr allerdings auch nicht. Viel zu selten sind

Themen wie Strategie oder politische Kommunikation zentraler Teil des Curriculums. Und auch Institutionen- sowie Policy-Analyse werden oft nur am Rand behandelt oder von den Studierenden als zu wenig wichtig erachtet bzw. nicht zielgenau für die politische Praxis gelehrt und angewandt. Politik und Politikwissenschaft scheinen oftmals nicht kompatibel. Einerseits müssten in der politischen Praxis viel stärker politikwissenschaftliche Instrumente angewendet werden, andererseits sind Politikwissenschaft und auch politikwissenschaftliche Forschung häufig nur bedingt hilfreich für den politischen Alltag der Parteiarbeit. Die Verschulung der Studiengänge durch die Einführung der Bachelorstudiengänge scheint ebenfalls nicht hilfreich zu sein, weil weniger die politikwissenschaftliche Kreativität und Sensibilität für Themen im Mittelpunkt stehen als vielmehr eher ein oberflächliches Arbeiten und Auswendiglernen. Notwendig wäre daher mehr Verständnis für politische Abläufe und in der Folge auch ein größerer Austausch zwischen Praktikern und Studierenden während des Studiums.

Allein ein gutes politikwissenschaftliches Studium führt daher nicht zu einem Job in Parteien. Zwar sind politikwissenschaftliches Wissen und Verständnis der Arbeit im politischen Prozess natürlich von Nutzen. Sie können aber nie die Erfahrung des politischen Engagements ersetzen. Auch deshalb finden sich unter den Referenten, neben Finanzexperten, Juristen und Grafikdesignern, eine Vielzahl von Politikwissenschaftlern – die ihr Studium häufig mit Kommunikationswissenschaft kombiniert haben – die sich vorher, und parallel, ehrenamtlich politisch engagieren, sei es in den jeweiligen Parteien oder auch in Gewerkschaften oder zivilgesellschaftlichen Organisationen. Zentral für einen Job in Parteien ist die Praxis-Erfahrung und das „Hineinfühlen“ in politische Prozesse: Es geht um die Verbindung von Öffentlichkeitsarbeit oder Organisationserfahrung mit politischem Engagement sowie der Kompetenz, politische Fakten auf einer Wertegrundlage in politisches Handeln umzusetzen. Der Einstieg über Praktika ist dabei gerade in größeren Geschäftsstellen nicht unüblich, weil gerade in Wahlkämpfen temporär mehr neue Mitarbeiter eingestellt werden, so dass hier immer wieder Optionen für eine Weiterbeschäftigung bestehen.

Noch förderlicher ist jedoch, sich in der Partei zu engagieren und über Netzwerke bei Jugendorganisationen, Partei und politischen Strömungen zu verfügen. Echte Quereinsteiger sind eher selten unter den Mitarbeitern der Parteizentralen. Dies ist auch funktionslosig sinnvoll: Die politische Analyse in den Parteien sollte an Werte und normative Bewertungen gebunden sein. Sie sind eben nicht neutral oder offen für alle Positionen, auch wenn die Parteien in den letzten Jahren ähnlicher geworden sind. Allein politikwissenschaftliche Expertise und Intelligenz reichen deshalb nicht aus: Man sollte wenigstens in der Theorie ein klares Wertefundament haben, um in einer Partei erfolgreich arbeiten zu können; gleichzeitig ist der Ersatz von politischer Analyse durch Dogmatismus gleichermaßen fehl am Platz. Es wird im Allgemeinen von Referenten erwartet, dass sie Mitglied der Partei werden. Auch dies ist logisch, werden die Referenten in den Geschäftsstellen doch in der Regel über Mitgliedsbeiträge finanziert, so dass die meisten Mitglieder erwarten, dass die von ihnen bezahlten Referenten ebenfalls Mitglied der Partei sind.

## **Berufsfeld Österreichisches Bundeskanzleramt**

*Ana Jakil*

*Dr. Ana Jakil ist seit 2007 Referentin für die Koordination der Klima- und Nachhaltigkeitspolitik im Bundeskanzleramt Österreich. Als promovierte Politikwissenschaftlerin ist sie Expertin im Bereich Governance für nachhaltige Entwicklung, wobei ihr Fokus auf Sustainability Governance Foresight und Policy-Analyse liegt. Zuvor war Ana Jakil als Forschungsstipendiatin beim Ökosozialen Forum Europa und beim American Council for United Nations University sowie als Studienassistentin an der Universität Wien und an der Los Angeles State University – Domingues Hills tätig.*

Das österreichische Bundeskanzleramt (BKA) ist das Ministerium des österreichischen Bundeskanzlers und damit die zentrale Schaltstelle für die Arbeit der gesamten österreichischen Bundesregierung. Eine der wichtigsten Ressortzuständigkeiten des BKA umfasst die An-

gelegenheiten der allgemeinen Regierungspolitik. Im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stehen dabei die Vorbereitung der allgemeinen Regierungspolitik, das Hinwirken auf eine einheitliche Zusammenarbeit der Bundesministerien, die wirtschaftliche Koordination sowie die grundsätzlichen Angelegenheiten der Mitgliedschaft Österreichs bei der Europäischen Union (EU), einschließlich der Angelegenheiten des Europäischen Rates. Hier werden auch die Angelegenheiten der Raumordnung, Regionalpolitik und Strukturpolitik sowie die Sicherheitspolitik und die Angelegenheiten der umfassenden Landesverteidigung koordiniert. Einen weiteren Schwerpunkt stellen die Angelegenheiten der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) sowie die Geschäftsführung der Bioethikkommission und des Beirats für Baukultur, aber auch die Finanzkontrolle des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) dar.

Das österreichische BKA gliedert sich in sechs Sektionen. Die Sektion IV „Koordination“ umfasst derzeit acht Abteilungen, die als Spiegelabteilungen zu den Fachressorts agieren bzw. für klar abgegrenzte Politikfelder federführend zuständig sind. Die Abteilung IV/2 ist zum Beispiel für die Bereiche Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, nachhaltige Entwicklung, Verkehr, Umwelt und Nukleargelegenheiten zuständig. Ihr Aufgabenbereich umfasst die Koordination im Rahmen der allgemeinen Regierungspolitik, die Umsetzung des Regierungsprogramms sowie die Teilnahme an den interministeriellen Abstimmungen in den einschlägigen Fachbereichen. Zudem koordiniert sie die fachrelevanten Vorbereitungsmaßnahmen für die Tagungen des Europäischen Rates und erstellt Unterlagen, Informationen, Briefentwürfe und Reden für den Bundeskanzler und sein Kabinett. Sie vertritt das BKA in nationalen und internationalen Gremien wie z.B. der Umweltförderungs- Altlastensanierungs- und JI/CDM<sup>7</sup>-Kommission, der technischen Arbeitsgruppe Emissionshandel, dem European Sustainable Development Network, der OECD Arbeitsgruppe Environmental Performance. Darüber hinaus ist die Abteilung IV/2 gemeinsam mit dem Bundesministe-

<sup>7</sup> Joint Implementation und Clean Development Mechanism

rium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft ko-federführend für die Umsetzung und Erneuerung der gesamtösterreichischen, nationalen und EU Strategie für nachhaltige Entwicklung zuständig.

Der Arbeitsalltag eines Fachreferenten in der Sektion Koordination ist vielfältig und stark vom tagesaktuellen Geschehen bestimmt. Neben dem politikwissenschaftlichen, juristischen, wirtschaftlichen aber auch naturwissenschaftlichen Fachwissen sind hohe Flexibilität, Lernfähigkeit, Teamfähigkeit, gute Englisch- und Französischkenntnisse und Verhandlungskompetenz gefragt. Die oft inhaltlich wie prozedural hoch komplexen Sachverhalte verlangen die Fähigkeit zum raschen und wissensbasierten Erfassen der Politikprobleme und –Lösungen und zum Verfassen von möglichst prägnanten und problembezogenen Politikanalysen. Im Rahmen der Politikkoordination ist darüber hinaus die Fähigkeit zur Rekonstruktion der Zielkonflikte und zur Übersetzung des Fachwissens in die Sprache der thematischen Teildiskurse erforderlich. Auch offene partizipative bzw. Governance Ansätze, wie öffentliche Konsultationen, informelle Workshops, Arbeitsgruppen, Kommissionen und Konferenzen unter Einbeziehung einer breiten Palette von Stakeholdern gewinnen an Bedeutung. Die Kenntnisse der Politikinstrumente zur ex-post und ex-ante Analyse der politischen Entscheidungen wie z.B. die Folgenabschätzung sind von Vorteil.

Das Studium der Politikwissenschaft bietet insbesondere mit seinen Teilbereichen Politikfeldanalyse, politische Ökonomie, europäische Integration und internationale Politik eine gute Grundlage zum Erwerb dieser Fähigkeiten. Nach Möglichkeit sollte zudem eine thematische Spezialisierung in bestimmten Politikfeldern, wie beispielsweise Umwelt und Nachhaltigkeit im Rahmen einschlägiger wissenschaftlichen Arbeiten sowie Fachpraktika angestrebt werden. So könnten im Rahmen von Experteninterviews frühzeitig und fachbezogen auch Kontakte zu den Hauptakteuren in der Bundesverwaltung geknüpft werden.

Die Stellung der Politikwissenschaftler in der Bundesverwaltung und insbesondere in den Koordinationsabteilungen der Bundesministerien hat sich in den letzten Jahren verändert. Die hohe Komplexität der globalen Politikprobleme wie die Klima-, Finanz- und Wirt-

schaftskrise haben die traditionelle disziplinäre Dominanz von Juristen in der Bundesverwaltung geschwächt und die Nachfrage nach Politikwissenschaftlern mit Spezialwissen in den einschlägigen Politikfeldern verstärkt. Somit wird die Bundesverwaltung zu einem zunehmend interessanten und durchlässigen Berufsfeld für Politikwissenschaftler, nicht zuletzt deshalb, weil der Einstieg in das System Bundesverwaltung die räumliche und die sektorale Mobilität der Mitarbeiter deutlich erhöhen kann. Damit wird nicht nur der Arbeitsplatzwechsel zu Ministerien, gesetzlichen Interessensvertretungen (Kammern), den nachgeordneten Dienststellen oder der Länder- und Gemeindeverwaltung deutlich erleichtert. Es ergeben sich auch zahlreiche Möglichkeiten zur Arbeit mit den und für die Institutionen der EU, die OECD und für die Vereinten Nationen unter anderem als Delegierte in den Fachgremien, als abgeordnete nationale Sachverständige oder als Mitarbeiter der Ständigen Vertretungen Österreichs.

## **Berufsfeld Neuseeländische Regierungsinstitutionen**

*Kirsten Maurer*

*Kirsten Maurer arrived in New Zealand in 2006, three months after she had finished her Magister degree at Leipzig University in Political Science, Spanish Studies and Economics. She had no job experience apart from two short internships in Spain and Germany and having been a student research assistant while studying. She has been working in the New Zealand public sector for four years. She has been employed with the Ministry of Social Development, New Zealand Trade and Enterprise, and the Ministry of Economic Development. Currently, she is contracting with Statistics New Zealand ("Statistikamt").*

The public sector is Wellington's largest employer. As a city of only 450000 inhabitants, the chances of getting a job in a ministry are rather high, in particular, as many New Zealanders, also commonly called "Kiwis", prefer to work for the private sector. The good news for me as recent graduate was that foreigners are entitled to work in New Zealand's central

government institutions without a citizenship or residence visa.

It took three months of applying, before I got my first job at the Ministry of Social Development (equivalent to *“Sozialministerium”*). It was an administrative role, as Customer Service Officer, with a focus on administering various international bilateral agreements of interstate pension transfers. After six months, a friend of mine made me aware of some vacant positions at New Zealand Trade and Enterprise (equivalent to *“Aussenhandelskammer”*.) I applied and was offered a role as Grant Administrator for export funding. I stayed in the position for six months before I got internally promoted into a Business Advisor role. For almost two years, I advised businesses through an online web portal on good business practices, in particular in the areas of export, management and sustainable development. When the website was moved to the Ministry of Economic Development (equivalent to *“Wirtschaftsministerium”*), my team got reemployed there.

In 2010, I moved back to Germany for one year. It was an unexpected surprise that I was unable to find a German employer who would have valued my New Zealand job experience. I was pretty much without a qualified job for one year; an internship for the Leipzig City Council did not result in remunerated work which is why I returned to New Zealand in 2011. It took me three weeks to find new employment in Wellington.

Currently, I'm employed as a project manager by Statistics NZ (equivalent to *“Statistikamt”*). I'm responsible for developing a strategy for the future of the organisation's sustainable development work programme. I have chosen not to take up a permanent position but contract out my capacity. This is less secure than a permanent role as the contract rolls over every 3 months but very attractive from a financial point of view. A contractor with my background can earn approximately between 60000 and 100000 Euro per year.

From a German perspective, it might seem odd to change jobs almost once a year, however, in New Zealand the situation is a different. A qualification like a bachelor's or a master's degree is regarded as an entry ticket into a job. Even though you might have specialised in a certain field, an employer would focus on

your transferable skills (“soft skill”) when you have no job experience and employ you in a low position from where you can then quickly get promoted, if you do well. The situation is different for an experienced employee in terms of where you start, but the focus on transferable skill remains. In general, it's not your academic background that counts. Expertise is acquired by learning on the job. New Zealand employers upskill their employees continuously. It is part of your work package to attend courses (even at university level) and training to enable you to carry out your job properly and grasp new opportunities. I, for example, attended several project management courses and completed a formal qualification which was crucial for getting into my current role.

Therefore, it is not too surprising that people with a variety of different backgrounds work in the government sector. In my team, I work with economists, historians, information scientists, ecologists, social scientists but also people with a music degree or no formal qualifications. For most of them, their work is unrelated to their degrees. I haven't met any political scientists but there are prone to be some. A master's degree is already a very high qualification in New Zealand, I estimate that only one out of 20 staff might have a masters. All the others will have a qualification on a bachelor's level or below. Kiwis graduate much earlier than Germans and join the workforce young. Someone my age (34) in New Zealand would have an average of 12 years of work experience, which is more than twice as much as I do.

I haven't really used much of the skills from my political science degree. Of course, I had a pretty good theoretical understanding of political systems when I joined the public sector. And I've benefited from the experience of having written numerous papers during my degree. My managers have always valued my high analytical skills and sound research techniques – something I definitely acquired as part of my “Magister”. But as I've largely worked in operational roles rather than as a Policy Analyst there wasn't much chance to apply specific political science knowledge.

I regard my career as a mix of coincidence and good luck. I've several times happened to be in the right spot in the right moment and was

lucky to know many people that have promoted my aspirations. Of course, I made sure to work for organisations that roughly lie in my field of interest like international trade, business, and international relations. But I would have never expected to be able to work again on sustainable development for a statistical agency.

I've never been able to apply my foreign language skills on the job (apart from English, obviously). In terms of internships, New Zealand was a bit of a surprise as Kiwis don't do internships, they don't even know exactly what an internship is. So I guess my internships weren't of too much use for my career. Good marks may play a role when someone tries to enter the public sector through one of the graduate programmes that many of the ministries run. They have a thorough selection process and only the best get in. The programmes train you up to become a Policy Analyst (in the case of Statistics NZ, a Statistical Analyst). The graduate programmes are a great way to getting familiar with the public sector but the people that join the programmes are very young, usually between 21 and 24, so age is definitely a selection criterion.

I've come to realise that the New Zealand and German job market are not very compatible. While subject matter expertise seems to rank high with German employers, in New Zealand it's all about work experience, and the preparedness to adapt and acquire new skills on the job. Both has its pros and cons.

## **Berufsfeld Bundestag**

*Christian Junge*

*Dr. Christian Junge studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Europäischen Ethnologie in Marburg, Manchester und Konstanz. Er promovierte über die Identitätskrise der deutschen Volksparteien und ihre Auswirkungen auf Mitgliederpartizipation und arbeitet derzeit als Referent im Deutschen Bundestag.*

Der Deutsche Bundestag gilt, nicht ganz zu Unrecht, als Parlament der Juristen und Lehrer. In der 16. Wahlperiode konnten aber immerhin auch 28 Politikwissenschaftler einen

der seinerzeit 614 Bundestagssitze erlangen.<sup>8</sup> Selbstverständlich muss niemand die jahrelange „Ochsentour“ zum Bundestagsmandat absolvieren, um als Politologe unter dem Dach der Reichstagskuppel zu arbeiten. Bei näherer Betrachtung können drei Ebenen benannt werden, auf denen sich für Politologen im Bundestag Arbeitsmöglichkeiten ergeben. Dabei handelt es sich (1.) um die Ebene der Abgeordnetenbüros, (2.) um die Ebene der Fraktionen sowie (3.) um die Ebene der Bundestagsverwaltung.

Bundestagsabgeordnete (MdB) müssen zur gleichen Zeit viele unterschiedliche Funktionen erfüllen. Sie vertreten die Interessen ihres Heimatwahlkreises in Berlin, sie sind Berichterstatter für bestimmte Gesetzesvorhaben und haben zudem in der eigenen Fraktion Ämter übernommen. Dieser nicht immer einfache Spagat kann ohne die Unterstützung von persönlichen Mitarbeitern kaum geleistet werden. Die gegenwärtig rund 4500 persönlichen Mitarbeiter verteilen sich in der Regel auf zwei Büros – eines vor Ort im Wahlkreis, eines in Berlin.

Der Aufgabenbereich der persönlichen Mitarbeiter ist dabei vielfältig. Er reicht von der Organisation von Terminen, der Betreuung von Besuchergruppen und der Vorbereitung von Dienstreisen des Abgeordneten über das Erarbeiten von Sitzungsunterlagen für Arbeitsgruppen und Ausschüsse bis zum weiten Feld der politischen Kommunikation, sprich: dem Erstellen von Pressemitteilungen, Reden, Bürgerbriefen usw.

Im Bundestag schließen sich Abgeordnete bekanntlich zu parlamentarischen Gruppen, den Fraktionen, zusammen, um Interessen im Parlament gemeinsam besser durchsetzen zu können. Fraktionen bestehen aber nicht nur aus den Abgeordneten „an sich“. Sie haben sich innerhalb des Parlaments zu eigenständigen, intern ausdifferenzierten Organisationseinheiten mit eigenem Mitarbeiterkontingent entwickelt. Insgesamt beschäftigen die fünf Bundestagsfraktionen derzeit etwa 800 Mitarbeiter. Sie unterstützen insbesondere die Fraktionsgremien bei ihrer Arbeit. Zu diesen

<sup>8</sup> Siehe dazu: <http://de.statista.com/statistik/topliste/bestenliste/92/platz/1/titel/die-haeufigsten-berufe-der-bundestagsabgeordneten--16.-undestag/>.

Gremien zählen – z. B. bei der CDU/CSU-Fraktion – Arbeitsgruppen, welche die Bundestagsausschüsse „spiegeln“ sowie die soziologischen Gruppen, die gesellschaftlichen Strömungen innerhalb der Fraktion eine Stimme geben sollen. Diesen Gremien sowie den wichtigen Funktionsträgern der Fraktion, dem Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden und den Parlamentarischen Geschäftsführern sind Sekretäre, Sachbearbeiter und Referenten zugeordnet.

Referenten der Fraktions-Arbeitsgruppen oder Arbeitskreise sind Experten für ein bestimmtes Themenfeld (z.B. Innenpolitik). Sie arbeiten dem Sprecher der Arbeitsgruppe zu, organisieren die AG-Sitzungen und sind an der Formulierung von Gesetzesentwürfen beteiligt, sie fungieren bei Detailfragen als wichtiger Ansprechpartner der Abgeordneten und ihrer persönlichen Abgeordneten, und sie halten Kontakt zu Verbänden und Ministerien. Referenten der Vorsitzenden und der Parlamentarischen Geschäftsführer und die Leiter der Fraktionsverwaltungen sind darüber hinaus mit wichtigen organisatorischen Tätigkeiten vertraut. Letztere koordinieren unter anderem die umfangreichen Vorbereitungen der Plenarsitzung.

Persönliche Mitarbeiter und das Personal der Fraktion leisten unverzichtbare Arbeit. Gleichwohl könnten sie alleine nicht sicherstellen, dass der Deutsche Bundestag seine Funktionen, allen voran Gesetzgebung und Kontrolle der Regierungsarbeit, effektiv erfüllt. Aus diesem Grund existiert unter der Reichstagskuppel eine dritte, politisch neutrale „Unterstützungsorganisation“ (Linn, Susanne/Sobolewski, Frank (2011), So arbeitet der Deutsche Bundestag. Rheinbreitbach: Neue Darmstädter Verlagsanstalt : 143), die Bundestagsverwaltung. Zusammen genommen arbeiten rund 2700 Menschen in dieser obersten Bundesbehörde. Sie besteht aus vier Abteilungen (Zentralabteilung, Parlament und Abgeordnete, Wissenschaft und Außenbeziehungen, Information und Dokumentation); hinzu kommen die Büros des Präsidenten und der Vizepräsidenten, sowie Referate für Presse und Kommunikation, Protokoll und das Amt des Wehrbeauftragten.

Das Studium der Politikwissenschaft bietet eine gute fachliche Voraussetzung, um auf allen hier skizzierten Arbeitsebenen tätig sein.

Vertiefte Kenntnisse etwa im Bereich der Politikfeldanalyse dürften bei der Arbeit als Referent z.B. in der AG Finanzen oder der AG Gesundheit hilfreich sein. Wer sich wiederum, beispielsweise im Rahmen eines Masterstudiengangs Politische Kommunikation mit der Darstellung, Vermittlung und Wahrnehmung von Politik beschäftigt hat, ist prinzipiell in jedem Abgeordnetenbüro gut aufgehoben. Denn dort geht es sehr oft darum, Positionen des Abgeordneten und seiner Partei an einzelne Bürger und gesellschaftliche Gruppen zu vermitteln.

Trotz guter fachlicher Voraussetzungen bilden Politikwissenschaftler unter den Bundestagsreferenten keineswegs die Mehrheit. Auf allen Ebenen müssen sie sich vor allem gegenüber Rechtswissenschaftlern behaupten, die im öffentlichen Dienst seit jeher gut vertreten sind. Gerade im Deutschen Bundestag, dem Ort der Gesetzgebung, ist die Verwendung von Experten, die eine besondere Expertise in der Auslegung, der systematischen und begrifflichen Durchdringung juristischer Texte vorweisen können, verständlich. Aber nicht immer scheint das „Juristenprivileg“ aus fachlichen Gründen gerechtfertigt.

Im Vergleich zu Fraktion und Bundestagsverwaltung ist die Personalfuktuation in den MdB-Büros recht hoch. Jährlich werden in den MdB-Büros zwischen 800 und 1400 Stellen neu besetzt. Daher ist der Einstieg in das Arbeitsfeld Deutscher Bundestag über die Tätigkeit des persönlichen Abgeordnetenmitarbeiters am erfolversprechendsten und durchaus sinnvoll, denn „nirgendwo lernt man das politische Alltagsgeschäft so gut kennen“ (Pilz, Volker (2004), Moderne Leibeigenschaft? Berufsbild und soziale Absicherung der persönlichen Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 35. Jg (Heft 4), S. 667-681: 676)

Von dort aus kann die Laufbahn sowohl in Fraktion als auch in die Bundestagsverwaltung führen; gleichwohl dürfte sich der direkte Einstieg in Fraktion oder Bundestagsverwaltung als erste Station nach dem erfolgreichen Hochschulabschluss schwieriger gestalten.

Auf der Internetseite des Deutschen Bundestages werden zwar regelmäßig Stellen der Verwaltung ausgeschrieben, die für Politikwissenschaftler interessant sind. Allerdings hält sich die Zahl der öffentlich ausgeschrieben

Vakanzen in Grenzen; nicht zuletzt deswegen, weil manche Stelle hausintern oder durch Abordnungen z.B. aus anderen Ministerien besetzt wird. Letzteres gilt in noch stärkerem Maße für die Fraktionen. Gerade in den Fraktions-Arbeitsgruppen werden ausgewiesene Fachexperten mit Verwaltungserfahrung benötigt, die über gute Verbindungen in die Ministerien verfügen. Daher ist die „Ausleihe“ von Referenten aus den entsprechenden Ministerien für die Fraktionen attraktiv.

Jeder Studierende der Politikwissenschaften, der sich für eine Tätigkeit im Deutschen Bundestag interessiert, sollte von der Möglichkeit eines Praktikums Gebrauch machen. So lässt sich frühzeitig feststellen, ob man sich nach dem Examen eine Arbeit im Parlament vorstellen kann.<sup>9</sup> Besonders wertvoll sind längere Praktika, die über den Besuch von AG-Sitzungen und Plenardebatten hinaus gehen. So kann sich der Praktikant mit vielen Arbeitsabläufen, z.B. in einem MdB-Büro vertraut machen. Diese Erkenntnisse sind bei späteren Bewerbungen als „Hauserfahrung“ durchaus nützlich.

Für Politikwissenschaftler sind die Arbeitsmöglichkeiten im Deutschen Bundestag vielfältig. Entsprechend schwer fällt es, einen verbindlichen Kanon besonders „nützlicher“ politikwissenschaftlicher Inhalte oder Teildisziplinen zu definieren. Ratsam dürfte womöglich eine frühzeitige Spezialisierung auf ausgewählte Politiksektoren sein. Denn auf allen drei möglichen Arbeitsebenen sind vertiefte Kenntnisse in Politikfeldern gefragt. Ein Politologe, der sich beispielsweise intensiv mit Gesundheitspolitik beschäftigt hat, ist sowohl als persönlicher Mitarbeiter eines Abgeordneten im Gesundheitsausschuss geeignet wie auch als Referent im Ausschussekreterariats des Gesundheitsausschusses im Deutschen Bundestag oder als Mitarbeiter im Fachbereich Gesundheit der Wissenschaftlichen Dienste.

Ferner sind „hervorragende Koordinations- und Kommunikationsfähigkeiten, hohe Stress-

resistenz“ sowie „Kompetenz in Recherche und Informationsverteilung“ (Vetter, Henrike (2001), Das Arbeitsverhältnis der Mitarbeiter von Bundestagsabgeordneten. Berlin: Duncker und Humblot: 34) nicht nur für persönliche MdB-Mitarbeiter wichtig. Ob Abgeordneten-Büro, Fraktion oder Bundestagsverwaltung: immer wieder wird es darauf ankommen, in sehr kurzer Zeit Kernthesen oder zentrale Argumente in Texten zu identifizieren. Und immer wieder müssen oft komplizierte Sachverhalte einfach, verständlich und knapp dargestellt werden. Entweder in Antwortschreiben an Bürger oder als Vorlage für den eigenen Chef.

## **Berufsfeld Politische Stiftungen**

*Axel Harneit-Sievers*

*Dr. Axel Harneit-Sievers arbeitete zwischen 1990 und 2001 als Historiker und Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt Afrika an der Universität Hannover, dem Zentrum Moderner Orient in Berlin und anderen Forschungseinrichtungen in Deutschland. Seit 2002 leitet er Auslandsbüros der Grünen-nahen Heinrich Böll Stiftung, zunächst in Lagos (Nigeria) und Nairobi (Kenia) und ging 2011 für die Stiftung nach Neu Delhi (Indien). Er dankt Kolleginnen und Kollegen aus anderen deutschen politischen Stiftungen in Delhi für ihre Hinweise und Ergänzungen zu diesem Text.*

Die parteinahen deutschen politischen Stiftungen dienen der politischen Bildungsarbeit und dem Dialog, sowohl in Deutschland selbst als auch international über ein Netz von Auslandsbüros. Dieser Beitrag nimmt vor allem die Auslandsarbeit der Stiftungen in den Blick, mit der ich am besten vertraut bin, die eine ausgeprägt entwicklungspolitische Dimension hat und vornehmlich aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und des Auswärtigen Amts finanziert wird.

International gibt es nur wenige Parallelen zum Modell der vor allem aus öffentlichen Mitteln finanzierten deutschen politischen Stiftung. In einigen europäischen Nachbarländern existieren vornehmlich auf Inlandsarbeit konzentrierte Institutionen, und seit 1983 gibt

<sup>9</sup> Praktika sind natürlich in den MdB-Büros, aber auch in den Fraktionen und der Verwaltung möglich. Weitere Informationen zu einem Praktikum im Deutschen Bundestag finden sich im Internet, z.B. unter:

<http://www.bundestag.de/service/stellenangebote/praktikum.html>.

es in den USA zwei, den beiden großen Parteien nahestehende Stiftungen, die weltweit Demokratieförderung betreiben.

Politische Stiftungen sind ein offenkundig naheliegendes Berufsfeld für Politikwissenschaftler. Konkrete Zahlen liegen mir nicht vor, doch ist der substanzielle Anteil von Beschäftigten mit einem (im weiteren Sinne) sozialwissenschaftlichen akademischen Hintergrund unübersehbar.

Eine politische Stiftung ist ein Tendenzbetrieb. Für die erfolgreiche Arbeit ist eine Nähe zu grundlegenden politischen Zielen und Werten, für die die Organisation eintritt, unabdingbar. Die Mitgliedschaft in einer politischen Partei oder einer parteinahen Jugendorganisation kann dabei von Vorteil sein. Doch ist sie – entgegen landläufiger Vorstellungen – nicht generell notwendig, um auch in qualifizierten Funktionen in einer politischen Stiftung zu arbeiten. Die Praxis unterscheidet sich dabei allerdings von Stiftung zu Stiftung.

Generell werden strategische Führungspositionen politischer Stiftungen mit Personen besetzt, die enge Verbindungen zur „Mutterpartei“ haben; auf dieser Ebene gibt es auch häufig direkte Wechsel zwischen Parteiämtern oder Parlamentsmandaten und Stiftungspositionen. Für die darunter liegende Ebene (Abteilungsleitungen, Leitungen von Auslandsbüros oder Fachreferate) gilt dieser Zusammenhang so nicht. Hier geht es wesentlich stärker um Fachkenntnisse thematischer oder regionaler Art und auch um Kontinuität der Organisation und ihrer Qualifizierung.

So verschieden Ursprünge und Ausrichtungen der deutschen politischen Stiftungen sind, so unterscheiden sich auch berufliche Einstiegs- und Karrieremuster.

Die älteren, seit mehreren Jahrzehnten arbeitenden Stiftungen verfügen über berufsqualifizierende Einstiegsprogramme, über die die Mehrzahl neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rekrutiert wird. Bei der Friedrich-Ebert Stiftung (FES) etwa durchlaufen Trainees ein einjähriges Programm im Inland, während Projektassistenten und -assistentinnen zunächst sechs Monate zur Vorbereitung im Inland arbeiten und danach 18 Monate in einem Auslandsbüro ausgebildet werden.

Demgegenüber hat zum Beispiel die in ihrer gegenwärtigen Form erst seit 1997 bestehende Heinrich Böll Stiftung in ihrem Expansions-

prozess der vergangenen Jahre bei der Besetzung von Auslandsbüroleitungen mehr auf externe spezialisierte Fachkräfte gesetzt. Sie kamen aus unterschiedlichen Bereichen, etwa aus Universitäten, dem Mediensektor oder auch aus der Entwicklungspolitik. Nach einem solchen Quereinstieg haben manche sich dann in neue Arbeitsfelder oder Regionen eingearbeitet und sind längerfristig bei der Stiftung geblieben.

Auf der Ebene von Sach- und Regionalreferaten in den deutschen Stiftungszentralen ist bei vielen Stiftungen aber durchaus auch der Einstieg direkt nach einem (meist sozialwissenschaftlichen) Studium durch Bewerbung auf eine reguläre Stellenausschreibung möglich.

Für einen Einstieg in die Arbeit in einer deutschen politischen Stiftung – und speziell deren internationale Arbeit – sind relevante thematische und/oder regionale Schwerpunktsetzungen sowie Kenntnisse auch weniger verbreiteter Sprachen hilfreich. Um Beziehungen anzubahnen und spezifische Kenntnisse zu erwerben, die für eine Bewerbung hilfreich sein können, sind Praktika (gerade auch im Ausland) oder auch eine Tätigkeit als studentische Hilfskraft (im Inland) verbreitet. Auch die Teilnahme am neunmonatigen Postgraduiertenprogramm des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) in Bonn kann für einen späteren Einstieg in die Stiftungsarbeit lohnenswert sein. Alle Stiftungen verfügen über Stipendienprogramme, die nicht nur weiterführende Abschlüsse unterstützen, sondern auch der Vernetzung im jeweiligen parteinahen Spektrum dienen und ebenfalls berufsrelevante Einstiegsprogramme bieten können. Die Arbeit in einer deutschen politischen Stiftung steht an der Schnittstelle recht diverser Anforderungen und Qualifikationen. Manche von ihnen werden vorausgesetzt; andere werden oft erst im Lauf der Einarbeitung oder *on the job* erworben.

Die Fähigkeit zur qualifizierten politischen Analyse ist selbstverständlich Grundvoraussetzung der Arbeit in einer deutschen politischen Stiftung. Man sollte mit sozialwissenschaftlichen Methoden und Theorien umgehen können, ohne dabei allzu „akademisch“ zu denken. Stattdessen sind in der alltäglichen Arbeit politischer Gestaltungswille und Pragmatismus gleichermaßen gefragt. Die Fähig-

keit zur und Flexibilität bei der Einarbeitung in neue Themen und Methoden (innovative Veranstaltungsformate usw.) ist wichtig, ebenso wie die Fähigkeit zur Identifikation relevanter Expertise für ein breites Spektrum von Themen.

Ein weiteres wichtiges Qualifikationsfeld liegt im Managementbereich. Auslandsbüroleitungen deutscher politischer Stiftungen obliegt die Verantwortung nicht nur für die Bewirtschaftung substanzieller Beträge an öffentlichen Mitteln, sondern auch für die Personalführung sowie die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften des Gastlands. Ebenfalls ist die Bereitschaft gefragt, sich auf neue Situationen und bisweilen schwierige Lebensumstände einzustellen. Eine Entsendung ins Ausland, ähnlich wie im diplomatischen Dienst, stellt oft eine Herausforderung für bestehende Lebenspartnerschaften dar, was bei einem Berufseinstieg bei einer deutschen politischen Stiftung mit bedacht werden sollte.

Studierende der Politikwissenschaften, die sich für eine Tätigkeit in einer deutschen politischen Stiftung interessieren, sollten Engagement in politischen Fragen und die Bereitschaft zur pragmatischen Arbeit an diversen Themen mitbringen. Spezialkenntnisse (sprachlich, regional oder auch themenspezifisch) sind hilfreich, doch übermäßige Spezialisierung ist eher zu vermeiden. Neben ihren formalen Qualifikationen sollten sie über einen guten schriftlichen Ausdruck verfügen und sind gut beraten, ihre *soft skills* im Bereich Kommunikations- und Verhandlungsfähigkeit, aber auch Fähigkeiten wie Moderation und Präsentation zu stärken.

### TEIL 3: WIRTSCHAFT UND INDUSTRIE

#### **Berufsfeld Unternehmensberatung**

*Jakob Lempp*

*Prof. Dr. Jakob Lempp arbeitete nach dem Studium der Politikwissenschaft und der European Studies als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der TU Dresden. Er promovierte mit einer Arbeit über die Evolution des Rats der Europäischen Union und arbeitete dann drei Jahre lang als Consultant bei der Boston Consulting Group in München. Seit April 2012 ist er Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen an der Hochschule Rhein-Waal in Kleve.*

Nicht viele Branchen in der freien Wirtschaft sind so offen für Politikwissenschaftler wie die Unternehmensberatung. In vielen der großen internationalen Beratungsfirmen hat ungefähr die Hälfte der Berater keinen wirtschaftswissenschaftlichen Fachhintergrund – die sogenannten „Exoten“. Und so finden sich neben Betriebswirten, Volkswirten und Wirtschaftsingenieuren häufig auch Naturwissenschaftler, Ingenieure, Mediziner sowie Geistes- und Sozialwissenschaftler bei McKinsey, der Boston Consulting Group, bei Roland Berger, Bain und Booz, aber auch in kleineren spezialisierten „Boutiquen“, bei Organisations-, Kommunikations- oder Personalberatungen. Von den Politikberatungen, als zunächst naheliegenden Arbeitgebern für Politikwissenschaftler in der Beraterbranche, unterscheiden sich strategische Unternehmensberatungen sowohl durch die Inhalte der Beratungsprojekte als auch durch das typische Kundensegment. Unternehmensberatungen richten sich nämlich primär an größere Unternehmen, ihr inhaltlicher Fokus liegt sowohl auf der Strategieberatung als auch auf der Unterstützung in den Bereichen Organisation, Operations, IT oder Marketing.

Dem Politikwissenschaftler stellt sich an dieser Stelle die Frage, was hier sein Beitrag sein könnte. Die Antwort ist einerseits, dass es den großen Unternehmensberatungen beim Recruiting weniger auf die fachlichen Wissensbestände der Kandidaten ankommt als vielmehr auf deren Fähigkeit, sich schnell und effizient in neue Sachverhalte einzuarbeiten zu können, Fragestellungen zielführend und belastbar zu analysieren, kreative Lösungswege zu finden, und diese dann in einer zielgruppenadäquaten Weise an Kunden auf der Managementebene zu kommunizieren. All dies mag einem Poli-

tikwissenschaftler ebenso schwer oder leicht fallen wie einem Betriebswirt oder einem Juristen. Andererseits brauchen Unternehmensberatungen aber durchaus spezifisch politikwissenschaftliches Know-How, und zwar erstens dann, wenn es um Kunden aus dem öffentlichen Sektor geht, und zweitens dann, wenn politische Prozesse das zu behandelnde Problem entscheidend mitprägen, etwa in stark regulierten Branchen oder auch im Zuge von sich aus politischen Entscheidungen ergebenden Umstrukturierungen – z.B. im Bereich von Finanzdienstleistungen oder im Gesundheitssektor.

Für einen Einstieg bei einer der großen Unternehmensberatungen gibt es – auch für Politikwissenschaftler – viele gute Gründe: Durch die projektorientierte Arbeitsweise lernen die jungen Berater sehr schnell und effektiv viele Branchen und Themenfelder kennen, sehr früh arbeiten die Berater mit Führungskräften aus verschiedenen Bereichen zusammen, die Kollegenschaft in den Beratungen ist in aller Regel interessant und ambitioniert und die vielfältigen Einsätze, das ständige Wechseln des Einsatzortes, der Branche, des Beraterteams und des Kunden führen dazu, dass die Lernkurve notwendigerweise sehr steil ist. Zudem werden in kaum einem anderen Berufsfeld so hohe Einstiegsgehälter bezahlt – bis zu 120000 Euro pro Jahr inklusive Boni für promovierte Einsteiger in einer der großen strategischen Managementberatungen. Allerdings sollte jedem potenziellen Bewerber auch bewusst sein, dass von den jungen Beratern viel verlangt wird. In der Regel wird beim Kunden vor Ort gearbeitet, lange Arbeitszeiten, ein permanent hohes Anforderungsniveau und das bei vielen Beratungen implementierte „Up-or-out-System“ stellen echte Herausforderungen dar und können dazu führen, dass nur noch vergleichsweise wenig Zeit für das Privatleben bleibt.

Ist nun ein Absolvent der Politikwissenschaft gut gerüstet für die inhaltlichen, sozialen und methodischen Herausforderungen des Berateralltags? Immerhin lässt sich ziemlich klar benennen, was ein Politikwissenschaftler auf jeden Fall tun sollte, wenn er in Erwägung zieht, sich bei einer Unternehmensberatung zu bewerben: Zunächst bedarf es eines überaus sicheren und geübten Umgangs mit dem alltäglichen Handwerkszeug des Unterneh-

mensberaters, nämlich PowerPoint und Excel – beides sollte souverän beherrscht werden. Zweitens darf man keine Angst vor quantitativen Analysen, vor beherzten Schätzungen, vor einem souveränen Auftreten in hochrangig besetzten Meetings und vor einer pragmatischen Grundorientierung haben, die immer nach dem „so what?“ fragt und nur in Ausnahmefällen nach philosophischer oder wissenschaftlicher Tiefe strebt. Ein Nachteil vieler „Exoten“ im Recruitingprozess großer Unternehmensberatungen ist, dass – ganz anders als bei Wirtschaftswissenschaftlern – der Umgang mit sogenannten „case studies“ häufig nicht eingeübt ist. Das schnelle und routinierte Lösen solcher case studies ist aber das zentrale Element bei der Auswahl des Beraternachwuchses. Daneben sind ein gewisser „business sense“, Durchhaltevermögen, Effizienz und die Fähigkeit, das große Ganze über den vielen Details nicht aus dem Blick zu verlieren, unabdingbare Eigenschaften für jeden erfolgreichen Berater – bis auf den „business sense“ sind dies übrigens Eigenschaften, die auch in einem politikwissenschaftlichen Studium gut trainiert werden können!

Für die politikwissenschaftliche Lehre an Hochschulen im deutschsprachigen Raum folgt daraus, dass – zumindest in eher anwendungsorientierten Bachelorstudiengängen oder in Masterstudiengängen mit Beratungsfokus – das Lösen von Fallstudien im Grenzbereich zwischen Wirtschaft und Politik sowie die quantitative Methodenausbildung und der fortgeschrittene Umgang mit Excel und PowerPoint zum regulären Curriculum gehören sollten. Ausgestattet mit diesem Handwerkszeug sind Politikwissenschaftler nicht schlechter für einen Berufseinstieg bei einer Unternehmensberatung qualifiziert als Betriebswirte oder Wirtschaftsingenieure.

## **Berufsfeld Wirtschaft**

*Andre Borgerhoff*

*Dr. Andre Borgerhoff hat Politikwissenschaft, Neuere/Neueste Geschichte und Öffentliches Recht an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster studiert. In seiner Dis-*

*sertation befasste er sich mit kompetitiven Nation-Building Prozessen in Timor-Leste, einem jungen Staat in Südostasien, den er für seine qualitative Forschung auch länger bereist hat. Ebenso gilt sein Interesse Asien privat – als langjähriger Vorstand der Deutschen Osttimor Gesellschaft (DOTG) e.V. und als Kuratoriumsmitglied der Asienstiftung in Köln. Seit Januar 2012 ist er nun bei Airbus in Deutschland in der Unternehmenskommunikation tätig.*

Als „Power On“ bezeichnet man im Flugzeugbau die Phase, in der die elektrischen Bordsysteme erstmalig unter Spannung gesetzt werden: Der Flieger erwacht zum Leben und weitere Systemtests können folgen.

Mein berufliches *Power On* liegt jetzt beinahe ein Jahr zurück. Ende 2011 hatte ich meine Promotion zu dem Thema „Competitive Nation-Building in Timor-Leste“,<sup>10</sup> einem jungen Staat in Südostasien, an der Universität Münster abgeschlossen. Jahre des Forschens – gefördert von Stipendien der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes – lagen somit hinter mir: Eine spannende und prägende Zeit, doch nun war ich für neue Herausforderungen (mehr als) bereit.

Der erste Blick in die Jobbörse der Arbeitsagentur fiel sogleich auf die Ausschreibung meiner heutigen Position: Die ARTS Deutschland GmbH suchte für die Unternehmenskommunikation von Airbus in Hamburg einen Public Relations Manager. Der Auftrag sowie Dienort und Branche gefielen mir auf Anhieb gut und passten auch zu meinem Qualifikationsprofil. In der Öffentlichkeitsarbeit / PR habe ich durch journalistische Aktivitäten, parteipolitisches Engagement (unter anderem als Wahlkampfleiter) und nicht zuletzt durch meine langjährige Asien-Solidararbeit einiges an Erfahrung erworben. Gleichsam hat mich die Luftfahrt seit der frühen Kindheit fasziniert. Einzig die (vorläufige) Befristung der Stelle als Schwangerschaftsvertretung versprach ein Wagnis. Die Bewerbung verlief

dann wohl alles in allem rund (hierzu gibt es ja eine Reihe guter Ratgeber wie z.B. den „Klassiker“ von Hesse/Schrader)<sup>11</sup> und Anfang Januar 2012 trat ich dann meine neue Stelle in Hamburg an.

Airbus ist der weltweit führende Hersteller ziviler Großraumflugzeuge sowie militärischer Transport-, Tank- und Missionsflugzeuge. Das Unternehmen beschäftigt ca. 55000 Mitarbeiter – davon über 16000 in Deutschland. Rund 12000 Beschäftigte arbeiten am größten deutschen Standort Hamburg, wo alle zivilen Airbus-Typen montiert und ausgerüstet werden. Endmontiert – und somit an den Kunden direkt ausgeliefert – werden hier die Flugzeuge der „A320-Familie“, also des Typs A318 bis A321, sowie das größte zivile Passagierflugzeug der Welt, die A380. Weitere Standorte befinden sich auch in Bremen (unter anderem Entwicklung von Landeklappensystemen), Stade (Bau von Seitenleitwerken und anderen Teilen aus Kohlefaserverbundwerkstoffen) sowie Buxtehude (Kabinenelektronik).

Mein Schreibtisch steht in Hamburg, also am Sitz der deutschen Geschäftsführung und Unternehmenskommunikation von Airbus. Einfach gesprochen *kommuniziere* ich dort als Manager Political Affairs mit dem politisch-gesellschaftlichen Umfeld des Unternehmens auf regionaler Ebene. Das heißt, unser Team informiert die Leitung sowie betroffene Fachabteilungen über externe Entwicklungen von Belang. Im Gegenzug positionieren wir das Unternehmen zu bedeutenden Themen öffentlich.

Wie machen wir das, und was sollte man für den Job vielleicht mitbringen? Nun, zuerst einmal muss man ein kommunikativer Typ sein – d.h. wirklich Spaß daran haben, auf Menschen zuzugehen und sich (länger und ausführlich) auf sie einzulassen. Als zweites sollte man von dem, was man nach außen vertritt, auch (wirklich) überzeugt sein – natürlich optimal vorbereitet und am besten gepaart mit einer ordentlichen Prise Leidenschaft. Auf Messen wie der Internationalen Luftfahrtaustellung in Berlin, Konferenzen und

<sup>10</sup> Andre Borgerhoff, *Competitive Nation-Building in Timor-Leste: With Particular Reference to the Discourse on the Postcolony's 'Language Tetralemma' During the Years 2002-07* (Berlin. RegioSpectra, 2012).

<sup>11</sup> Jürgen Hesse, Hans Christian Schrader, *Das große Hesse/Schrader Bewerbungshandbuch: Alles, was Sie für ein erfolgreiches Berufsleben wissen müssen* (Hallbergmoos: Stark Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, 2011).

anderen öffentlichen Terminen klappt das schon ganz gut. Am besten gelingt mir das aber direkt im Werk bei einer Besichtigung der Produktion – also nah am Produkt. Die Begleitung von Besuchergruppen – seien es deutsche Behördenvertreter, europäische Diplomaten oder arabische Studenten – gehört sicherlich zu meinen Lieblingsaktivitäten. Direkt am Flieger lässt sich am anschaulichsten vermitteln, was Airbus macht, wie es der Firma geht und welchen Herausforderungen sich unsere gesamte Branche täglich stellt. Um Markt- und Innovationsführer zu bleiben, muss z.B. in Bildung und Forschung investiert werden. Nur derjenige, dem es gelingt, den Verbrauch und die Emissionen im Luftverkehr durch Spitzenentwicklungen weiter zu reduzieren und Flugzeuge immer effizienter zu machen, wird im Wettbewerb die Nase vorne behalten.

Innerhalb kürzester Zeit habe ich mich durch diese Aktivitäten sowie auch Fortbildungen in alle wichtigen Themen der Luftfahrt(-Industrie) eingearbeitet. Es mag daher nicht mehr allzu erstaunlich sein, dass ein Politikwissenschaftler in einem technischen Industriebetrieb wie Airbus seinen Platz gefunden hat. So eine Gelegenheit bietet sich natürlich nicht allzu oft: Ich bin froh, dass ich diese Chance ergriffen habe, als sie sich anbot.

## TEIL 4: WEITERE BERUFSFELDER

### **Berufsfeld Verbände**

*Tilman Pradt*

*Tilman Pradt studierte Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin (Diplom), parallel arbeitete er als Praktikant in verschiedenen NGOs und Forschungsinstituten. Er ist seit 2010 Doktorand und promoviert zum Thema „Chinas Partizipation in regionalen Internationalen Organisationen“. Seit Mai 2012 ist er Fachreferent des Bundesverbandes deutscher Pressesprecher.*

Der Bundesverband deutscher Pressesprecher (BdP) ist die berufsständische Vereinigung für Pressesprecher und Kommunikationsbeauf-

tragte aus Unternehmen, Verbänden, Organisationen und Politik. Er vernetzt die Sprecherinnen und Sprecher und bietet ihnen Plattformen, um Meinungen, Erfahrungen und Wissen auszutauschen. Aktuell besteht der BdP aus 4200 Mitgliedern.

### **Berufsfeld Verbände**

Als Referent der Geschäftsstelle besteht die Hauptaufgabe in der Unterstützung der Außendarstellung und Interessenvertretung des Verbandes. Der Verband vertritt die Interessen seiner Mitglieder und bezieht in aktuellen Debatten, die den Berufsstand betreffen, öffentlich Stellung. Diese Stellungnahmen müssen inhaltlich vorbereitet werden. Dazu ist neben einer thematischen Aufbereitung der Hauptargumente eine Verfolgung der Diskussionen und Identifizierung der Hauptakteure notwendig. Die kontinuierliche Auswertung der relevanten Medien (Zeitschriften, Journals, Pressemitteilungen, zunehmend Blogs) ist Grundlage dieser Aufgabe und Voraussetzung, um aufkommende Themen frühzeitig zu identifizieren und thematisch vorzubereiten.

Nach der Identifizierung von und Positionierung zu relevanten Themen muss die Verbandshaltung kommuniziert werden. Zu diesem Grund veranstaltet der BdP Fachtagungen und Parlamentarische Abende, veröffentlicht Verbandsthemen und -termine in einem Magazin (dem „pressesprecher“), bietet Parlamentariern und Ministerien Hintergrundgespräche an und veröffentlicht Pressemitteilungen. Der Informationsaustausch mit branchennahen Berufsverbänden muss gepflegt werden, damit ähnliche Positionen und Interessen wenn möglich auch gemeinsam vertreten werden können.

Aus den genannten Gründen nimmt die Kommunikation mit Verbandsvertretern, Parlamentariern und Journalisten eine Schlüsselrolle der Arbeit eines Fachreferenten ein. Hinzu kommt die wichtige interne Kommunikation, die Abstimmung mit Landesverbänden, Fachgruppen und dem Präsidium.

### **Politikwissenschaftler im Berufsfeld Verbände**

Die Arbeit in einem Bundesverband erfordert vor allem ein hohes Maß an professioneller

Kommunikation. Die Außendarstellung, Interessenvertretung und interne Kommunikation fordern den sicheren und zielgerichteten Einsatz der verschiedenen Kommunikationskanäle (Brief, e-Mail, Telefon, Magazin, facebook, twitter, youtube, persönliches Gespräch), um zu den gewünschten Ergebnissen zu gelangen. Aus diesem Grund ist die Branche der Öffentlichkeitsarbeit, zu denen der Bundesverband deutscher Pressesprecher gehört, dominiert von PR- und Kommunikationsexperten.

Politikwissenschaftler bilden jedoch zusammen mit anderen Geistes- und Sozialwissenschaftlern das Gros in der speziellen Verbändearbeit. Mit 49% stellen sie die größte Gruppe, noch vor Absolventen der Publizistik und Journalistik mit insgesamt 22%.<sup>12</sup> Als Quereinsteiger müssen sie sich natürlich zusätzliche Qualifikationen aneignen, die Absolventen der Kommunikationswissenschaften und spezieller PR-Studiengänge während ihres Studiums ausführlich lernen konnten. Dafür bringen Politikwissenschaftler aus ihrem Studium ein tieferes Verständnis politischer Abläufe mit. Diese Kenntnis des politischen Systems, der Handlungsabläufe und Interessenvertretung ist hilfreich, um Verbandsarbeit langfristig auszurichten und Strategien zu entwickeln.

### Karrierewege

Der Einstieg in die Verbandsarbeit wird klassischerweise mit einem branchenrelevanten Studium vorbereitet. Neben dem genannten Studium der Politikwissenschaft bieten sich die Studiengänge Kommunikationswissenschaften, Politische Kommunikation, PR, Kommunikationsmanagement sowie Studiengänge der Medienwissenschaften an. Hier gewinnen Studiengänge an Fachhochschulen zunehmend an Bedeutung, da sie teilweise praxisorientierter auf den späteren Beruf vorbereiten.

Als klassischer Einstieg bieten sich Praktika in Unternehmen und Institutionen der relevanten Berufsgruppen an. Wer schon während seines Studiums die Möglichkeit eines Praktikums in einem Verband, einer Partei oder einer öffentlichen Institution ergreift, gewinnt

wertvolle Einblicke in den wirklichen Berufsalltag. Dies kann bei der Suche nach dem späteren Beruf helfen und eventuell schon erste Anlaufstellen für spätere Bewerbungen ergeben.

Ebenso gut geeignet und vielleicht sogar fordernder im täglichen Geschäft und somit wertvoller, um erste Einblicke in das Berufsfeld zu gewinnen, sind Jobs während des Studiums. Wer die Möglichkeit hat, während der Semesterferien ein paar Wochen in einem Verband oder anderen politischen Institution zu arbeiten, erfährt aus erster Hand und am „eigenen Leib“, welche Anforderungen in dieser Branche gestellt werden. Dieses Wissen kann während des weiteren Studiums hilfreich sein, um sich entsprechend zu spezialisieren. Außerdem hilft diese Erfahrung im späteren Bewerbungsprozess.

Auch nach dem Studium gibt es Möglichkeiten, sich weitere Qualifikationen anzueignen. Verschiedene Anbieter organisieren Abendkurse und Wochenendseminare, um gezielt auf eine Beschäftigung in der Öffentlichkeitsarbeit vorzubereiten.

Der BdP setzt sich seit Jahren für die Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit ein und ist unter anderem gemeinsam mit den Verbänden Deutsche Public Relations Gesellschaft e.V. (DPRG) und Gesellschaft Public Relations Agenturen e.V. (GPRA) Träger der Prüfungs- und Zertifizierungsorganisation der deutschen Kommunikationswirtschaft (PZOK).<sup>13</sup> Quereinsteigern wird mit Abnahme der PZOK-Prüfung ein Zertifikat angeboten, das branchenweit akzeptiert ist und so den Berufseinstieg erleichtert.

Absolventen der Politikwissenschaft bringen aus ihrem Studium eine fundierte Kenntnis des politischen Systems und seiner Institutionen mit. Die Beurteilung der politischen Landschaft ist wichtig, ebenso die Kenntnis der Hauptakteure (Organisationen, Institutionen, Medien), sowie deren Verbindungen, Geschichte (Hintergrund) und Zusammenspiel. Ein tieferes Verständnis des politischen Systems hilft bei der Beurteilung aktueller Entwicklungen und erleichtert das Nachvollziehen politischer Entscheidungen.

Grundsätzlich erlangen Studierende der Politikwissenschaft während ihres Studiums die

<sup>12</sup> Siehe: Günter Bentele et al.: „Profession Pressesprecher 2012“, Berlin: Helios Media GmbH 2012, p. 38

<sup>13</sup> <http://www.pzok.de/>

Schlüsselqualifikation, komplexe Sachverhalte zu analysieren. Diese Fähigkeit ist ein Bonus für die Arbeit im politischen Umfeld, in Verbänden und in politischen Organisationen. Kaum eine Entscheidung wird im kleinen Adressatenkreis getroffen, oftmals sind verschiedene Interessen und Gruppen zu integrieren. Ein grundsätzliches Verständnis von Verhandlungsführung (Stichworte: win-sets, Spieltheorie) kann bei dieser Arbeit nur von Nutzen sein.

Durch ihr Studium haben Politikwissenschaftler Wissen und Kenntnisse über Entscheidungsabläufe des politischen Systems und dem Zusammenwirken einzelner Interessengruppen, idealerweise sind sie mit diesen sogar vertraut. Weitere Qualifikationen sind am besten durch Praxiserfahrung in Semesterferienjobs oder Praktika zu gewinnen. Die fehlende Ausbildung in professioneller Kommunikation müssen Politologen in separaten Seminaren nachholen oder sich im Berufsalltag aneignen.

## **Berufsfeld Gesundheitsmarkt**

*Dominique Meyer*

*Dominique Meyer wählte nach seinem Studium der Politikwissenschaft den beruflichen Einstieg als Trainee in der Stabsstelle Politik der AOK Sachsen-Anhalt. Die anschließende Tätigkeit als Referent für Grundsatzfragen ermöglichte vertiefte Kenntnisse über die Gestaltungsmöglichkeiten gesetzlicher Krankenkassen in Gesundheitsmarkt und -politik. Ab 2007 verantwortete er als Presse- und Marketingreferent die interne und externe Unternehmensdarstellung der Salus BKK, einer mittelständischen Betriebskrankenkasse. Seit April 2012 ist Dominique Meyer wissenschaftlicher Assistent bei der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft- und Gestaltung e.V. und Lehrbeauftragter an der Universität Mainz.*

Können der Gesundheitsmarkt, in dem bereits 2010 über 287 Mrd. Euro ausgegeben wurden und das damit verbundene Politikfeld, für Politikwissenschaftler mehr sein als ein Forschungsgegenstand? Und wenn ja, bieten dann die derzeit ca. 145 gesetzlichen Kranken-

kassen (Stand März 2012) Politikwissenschaftlern Berufs- und Karrierechancen?

## **Haifisch werden?**

Gesundheitspolitik, das sei Wasserballett im Haifischbecken. Das gern genutzte Norbert Blüm-Zitat gibt dem ein Berufsfeld suchenden Politikwissenschaftler nicht nur Gefühl von der Härte der Verteilungskämpfe im Gesundheitsmarkt. Vielmehr stellt es auch einen Hinweis auf die Vielzahl beteiligter Akteure dar. Und wo Milliardensummen bewegt werden, politische Regulierung hoch ist: Da wollen Interessen artikuliert sein. Kurz: Public Affairs-Abteilungen der (Pharma-)Unternehmen, Verbände und nicht zuletzt die Kostenträger (Versicherungen) können je nach Sichtweise „Haifische“, legitime Interessenvertretung und eben auch Arbeitgeber sein. Gleichwohl wird sich dem Politikwissenschaftler auch bei der Stellensuche im „Haifischbecken“ ein vertrautes Bild bieten. Nur sehr selten wird eine Stellenbeschreibung ausschließlich einen politikwissenschaftlichen Abschluss verlangen. In Konkurrenz mit Juristen, (Gesundheits-) Ökonomen und anderen Sozialwissenschaftlern kann das politikwissenschaftliche Studium nur eine notwendige, selten jedoch eine hinreichende Bedingung für einen Karrierestart sein. Und dies gilt auch für jenen Absolventen, der sich entscheidet eine gesetzliche Krankenkasse als Arbeitgeber in Betracht zu ziehen.

## **Weniger Kassen mehr Chancen?**

Im März 2012 hatten die ca. 70 Mio. gesetzlich-versicherten Bundesbürger die Wahl zwischen 145 Krankenkassen. Die Anzahl dieser Körperschaften öffentlichen Rechts mag hoch erscheinen, für langjährige Beobachter aber ist ein scheinbar unaufhaltsamer Konzentrationsprozess unübersehbar. Schließlich konnten Anfang der 1990er Jahre noch über 1100 dieser Unternehmen gezählt werden. Hinzu kommt: Gerade in der Berufswelt gesetzlicher Krankenkassen manifestiert sich die hohe Wertigkeit des bundesdeutschen dualen Ausbildungssystems. Die Ausbildung zum Sozialversicherungsfachangestellten qualifiziert nicht nur in hervorragendem Maße für Positionen in der Sachbearbeitung. Verbunden mit Fort- und Weiterbildungen sind mit dieser

Ausbildungsgrundlage auch Führungspositionen gegebenenfalls leichter erreichbar als mit manchem Studium. Die Mehrzahl der vakanten Positionen in der gesetzlichen Sozialversicherung, die für Akademiker in Frage kommen, wird nicht zuletzt eher für Absolventen eines wirtschaftswissenschaftlichen, juristischen, psychologischen oder medizinischen Studienganges in Frage kommen. Ist hiermit die Antwort bereits vorweggenommen? Bieten gesetzliche Krankenkassen kein Berufsfeld, auf dem politikwissenschaftliche Expertise nachgefragt wird? Wer eine Antwort auf diese Frage sucht, wird feststellen, dass seit der Einführung der freien Kassenwahl der Wettbewerbsdruck unter den gesetzlichen Krankenkassen enorm zugenommen hat. Und dies birgt bessere Chancen für „Exoten“: Denn Marktforschung, Presse- und Marketingarbeit müssen auch bei kleineren Krankenkassen weiter an Stellenwert bei der Zielgruppenansprache und Kundenbindung gewinnen. Womit neben der politischen Interessenvertretung und dem Monitoring von Gesetzgebungsverfahren, was in Stabsstellen großer Kassen für die Beschäftigung von Sozialwissenschaftlern sorgt, zwei weitere wichtige potentielle Einsatzbereiche für Politikwissenschaftler in der GKV benannt sind.

### **Doch Sie wissen nicht, was wir tun (können)!**

Wenngleich in Ausschreibungen für die benannten Stellen (Kommunikation, Marketing oder Politik) nicht ausschließlich oder explizit Politikwissenschaftler gesucht werden - sozialpolitisch interessierte Absolventen sollten den Stellenmarkt gesetzlicher Krankenkassen nicht außer Acht lassen. Dass allerdings bei der Besetzung dieser Positionen die Wahl des Studienfaches zwar wichtig ist, die erste Praxiserfahrung aber für einen Einstieg eine besonders große Rolle spielt, ist ein bekannter und fast selbstverständlicher Umstand. Häufig kann ein Absolvent der Politikwissenschaft mit dem Verweis auf Praktika oder Nebentätigkeiten einfach plausibler darlegen, dass eine passende Position in einer politischen Stabsstelle oder in einer Kommunikationsabteilung angestrebt wird. Schließlich erleben auch viele Personalverantwortliche in der gesetzlichen Krankenversicherung die Umsetzung politikwissenschaftlicher Expertise vielleicht gerade

einmal an einem Wahlsonntag. Oder um im Branchenbild zu bleiben: Von den durchschnittlich 18 Arztkontakten eines Bundesdeutschen innerhalb eines Jahres – und dem damit verbundenen sehr klar wahrgenommenen Wissen und Aufgabengebiet eines Mediziners – sind Politikwissenschaftler nun einmal weit entfernt. Wollen also beispielsweise „medienaffine“ Politikwissenschaftler von dem längst erwarteten steigenden Personalbedarf in den Kommunikationsabteilungen der gesetzlichen Krankenkassen profitieren (Relevanz von Social-Media), so wird der Hinweis auf entsprechende Praxiserfahrung über den Recruitingserfolg entscheiden. Dies hat auch durchaus seine Berechtigung: Schließlich lässt das politikwissenschaftliche Studium zwar auch in hervorragendem Maße notwendige Kernkompetenzen eines „PR-Arbeiters“ (Analysestärke, Abstraktions- und Präsentationsvermögen) trainieren, gleichwohl können die im politikwissenschaftlichen Studium etablierten Formen der „Wissensprüfung“ (Hausarbeiten, Referate etc.) ein praktisches Training der Recherche- und Textkompetenz in Agenturen, Unternehmen oder Medien nicht ersetzen. Leider bieten derzeit nur wenige gesetzliche Krankenkassen die Möglichkeit, im Rahmen eines Traineeships oder Volontariats diese wichtigen Kernkompetenzen zu vermitteln und so den Einstieg für „Exoten“ zu erleichtern. Wo dies aber doch geschieht, da eröffnet sich für Politikwissenschaftler ein Berufsfeld, in dem sie mit interdisziplinärem Denken, Methoden- und Textkompetenz einen entscheidenden Beitrag dazu leisten können, dass Sozialgesetzgebung für unterschiedliche Zielgruppen übersetzt und vermittelt wird. Es bleibt zu hoffen, dass ohne die Aufgabe der wichtigen akademischen Distanz zur Tages- oder Unternehmenspolitik, viele politikwissenschaftliche Lehrstühle Wege finden, den Austausch mit Verantwortlichen in Unternehmen – und eben auch gesetzlichen Krankenkassen – zu pflegen. Denn durch die Einbeziehung von Praktikern in die Lehre oder durch die Vergabe praxisrelevanter Studienarbeiten lassen sich gegebenenfalls noch bestehende Barrieren bei der Stellenvergabe an Absolventen politikwissenschaftlicher Studienfächer ausräumen. Die Steigerung der persönlichen Kontakthäufigkeit von Politikwissenschaftlern mit einem möglichen Gegenstand ihrer For-

schung kann dazu beitragen, dass auch ein klareres Bild von den Kompetenzen ihrer Absolventen entsteht. Spannende Anlässe politikwissenschaftliche Expertise unter Beweis zu stellen, sollten sich gewiss finden lassen: Denn gerade in diesem Politikfeld bewahrheitet sich Legislaturperiode für Legislaturperiode: „Nach der Reform ist vor der Reform,...“.

## **Berufsfeld Wissensdienstleistung**

*Katja Hepting*

*Katja Hepting studierte zunächst Politikwissenschaft, Soziologie und Romanistik mit dem Schwerpunkt Lateinamerikastudien an der Goethe-Universität in Frankfurt/Main. Nach Beendigung des Grundstudiums ermöglichte ihr ein Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) einen Auslandsaufenthalt in Rio de Janeiro. Dort studierte sie Sozialarbeit an der Pontificia Universidade Católica, bevor sie ihr Magisterstudium an der Ludwig-Maximilians-Universität in München abschloss. Seit 2008 ist sie bei einem Wissensdienstleister in München beschäftigt.*

### **Was ist ein Wissensdienstleister?**

Wir werden alle täglich mit einer Unmenge an Informationen konfrontiert, sei es im persönlichen oder im beruflichen Umfeld. Gerade für Unternehmen kann es einen entscheidenden Vorteil bedeuten, aus dieser Fülle selektieren zu können. Die Hauptaufgabe eines Wissensdienstleisters besteht im Erfassen, Verdichten und Bewerten der Informationen aus unterschiedlichen Umfeldbereichen, um so für den Kunden das Wesentliche herauszufiltern. Zu den wichtigsten Unternehmensfeldern gehören dabei Politik und Verwaltung, Markt und Wettbewerb, Wissenschaft und Technik, Medien und Web 2.0 sowie Zivilgesellschaft und NGOs.

Die Research Assistants und die Junior und Senior Research Analysts des Unternehmens erstellen je nach Kundenanforderung individuelle und vertiefte Analysen, Dossiers oder Memos. Zudem hat das Unternehmen eine Datenbank aufgebaut, aus welcher der Kunde Adressdaten, Lebensläufe und Netzwerke von über 50000 politischen und wirtschaftlichen

Entscheidungsträgern weltweit beziehen kann.

Das Unternehmen ist in 11 Kompetenzbereiche gegliedert, denen erfahrene Sektorexperten angehören. Diese sind zum Teil fest angestellt, zum Teil freiberuflich tätig. Zu den elf Bereichen gehören Öffentliche Verwaltung, IT/Telekommunikation, Immobilien/Bau, Dienstleistungen, Wissenschaft/Bildung, Konsumgüter, Maschinenbau/Anlagenbau, Energie/Entsorgung/Umwelt, Chemie/Gesundheit/Pharma, Finanzen sowie Automobil/Verkehr. Je nach Studienschwerpunkt, Arbeitserfahrung und persönlichem Interesse werden die Resercher den unterschiedlichen Kompetenzteams zugeordnet.

### **Wer arbeitet bei einem Wissensdienstleister?**

In unserem Unternehmen sind neben zahlreichen Politikwissenschaftlern auch Verwaltungswissenschaftler, Juristen, Soziologen und Ökonomen beschäftigt. Profunde Kenntnisse von wirtschaftlichen und politischen Zusammenhängen sowie eine breite Allgemeinbildung werden als Grundvoraussetzung für einen Berufseinstieg betrachtet.

Auch Fremdsprachenkenntnisse sind von hoher Relevanz. Dementsprechend ist das Team multinational aufgebaut, viele Mitarbeiter haben sich Fremdsprachenkenntnisse durch lange Studien- und Arbeitsaufenthalte im Ausland erworben. Zudem sind zahlreiche Mitarbeiter selbst in der Politik tätig und verfügen über genaue Kenntnisse kommunaler Strukturen und über entsprechende Netzwerke.

### **Wie kann ich mich während des Studiums auf die Arbeit bei einem Wissensdienstleister vorbereiten?**

Wer über ein abgeschlossenes Politikstudium mit den dazugehörigen Nebenfächern und einem sehr guten Abschluss verfügt, hat bereits die erste Hürde auf dem Weg zu einem Berufseinstieg in diesem Feld erfolgreich gemeistert. Einen großen Wettbewerbsvorteil bieten sicherlich Auslandserfahrungen, die während des Studiums erworben wurden. Neben dem Einblick in fremde Gesellschaften und Märkte können auch wertvolle Fremdsprachenkenntnisse erworben werden. Englisch gilt in unserem Berufsfeld als selbstver-

ständige Voraussetzung; von großer Bedeutung sind zudem alle europäischen Fremdsprachen sowie Russisch und Chinesisch.

Auch die Wahl der Nebenfächer sollte wohl überlegt sein. Zwar wird eine sehr gute Allgemeinbildung als Voraussetzung für den Berufseinstieg gefordert, allerdings macht auch eine stimmige Fächerkombination, die auf eine deutliche Schwerpunktlegung schließen lässt, durchaus Sinn.

Ich habe mich beispielsweise während meines Studiums von Beginn an in meinen Nebenfächern mit den lateinamerikanischen Kulturen, Gesellschaften und Märkten beschäftigt, Auslandsaufenthalte in Chile und Brasilien haben mir zu den nötigen Fremdsprachenkenntnissen verholfen. So bin ich im Unternehmen zur „Expertin“ für alle Fragen in Bezug auf lateinamerikanische Länder geworden: seien es Marktanalysen sehr spezieller brasilianischer Geschäftsfelder oder die Recherche wichtiger lateinamerikanischer Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft.

## **Berufsfeld Politikberatung**

*Sven Braune*

*Sven Braune studierte an der TU Dresden Politikwissenschaft und Geschichte. In einer Berliner Agentur für strategische Kommunikation absolvierte er ein Volontariat. Zuletzt arbeitete er als Vorstandsreferent bei der Deutschen Gesellschaft für Politikberatung e.V.*

Die Vielgestaltigkeit der Politikberatung lässt das Berufsfeld häufig etwas diffus erscheinen. „Politikberater“ ist keine geschützte Berufsbezeichnung. Feste Zugangsvoraussetzungen zum Berufsfeld existieren nicht, wenngleich in den letzten Jahren immer mehr Universitäten und private Bildungsanbieter spezifische Studiengänge und Zertifikate zu Politikmanagement oder Public Affairs eingeführt haben. Vor allem die Frage, ob und wo Grenzen der Politikberatung zur politischen Kommunikation und Interessenvertretung zu ziehen sind, ist umstritten. Drei grundsätzliche inhaltliche und strukturelle Unterscheidungen scheinen mir jedoch zur groben Strukturierung sinnvoll: Erstens lässt sich Politikberatung in drei Aufgabenbereiche untergliedern, die sich in der

Berufspraxis vieler Berater meistens überschneiden. In der *Politikfeldberatung* stellen Organisationen oder Einzelpersonen ihre methodische und inhaltliche Expertise zu einzelnen Politikfeldern zur Verfügung, z.B. in der Klima- oder der Finanzpolitik. Beispiele dafür wären die Berufung von Wissenschaftlern in die Enquetekommissionen des Bundestags, die Arbeit der Fachreferate in Ministerien oder politische Empfehlungen von Think Tanks oder Stiftungen. In der Politikfeldberatung liegt der Kernbereich der (politik-)wissenschaftlichen Politikberatung, wobei nicht nur Theoretiker mit Kontextwissen gefragt sind, sondern auch Praktiker. So bringen unter anderem Ex-Politiker oder Verbandsvertreter ihr „Betriebswissen“ aus den jeweils eigenen Bereichen ein. Ein zweites Aufgabenfeld ist die *Kampagnenberatung*. Politikberater planen politische Kampagnen, und sie diskutieren mit ihren Klienten bzw. Arbeitgebern, welche Kommunikationsstrategie zur Durchsetzung von politischen Zielen erfolgsversprechend ist und welche Netzwerke dazu wie aufgebaut und bedient werden sollten. Ein drittes, sich damit überschneidendes Aufgabenfeld ist *Public Affairs (PA)*, also die Interessenvertretung im politischen Kontext gegenüber Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit, zu denen eine Organisation Beziehungen aufbauen und pflegen muss. Als Teilbereich der Public Affairs wird unter Government Relations bzw. Lobbying der Versuch verstanden, auf Entscheidungen der Legislative und Exekutive direkt beim Gesetzgeber Einfluss zu nehmen. Die Zuordnung des Lobbyismus zur Politikberatung ist umstritten, da Lobbyisten vorrangig nicht Politiker beraten wollen, sondern versuchen im eigenen Interesse (In-House-Lobbyisten) oder im Auftrag Dritter (PA-Agenturen, Kanzleien) politische Entscheidungen zu beeinflussen. Abgesehen davon, dass sich politische Entscheidungsträger im Vorfeld einer Entscheidung einen breiten Überblick über die verschiedenen Interessenkonstellationen verschaffen sollten, können Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung durch den Kontakt mit Interessenvertretern auf das spezifische Wissen einzelner Branchen und Bereiche zugreifen. Und so leisten Lobbyisten, wenigstens als „Nebeneffekt“ der Interessenvertretung, häufig auch konkrete Politikfeld-

beratung für ihre Adressaten.<sup>14</sup>

Zweitens meint Politikberatung zum einen die Beratung von politischen Entscheidungsträgern, z.B. Mandatsträger, Minister, Fraktionen und Parteien. Zum anderen kann sie auch auf die Beratung von Organisationen zielen, welche von politischen Entscheidungen betroffen sind bzw. ein bestimmtes politisches Interesse verfolgen und dieses gegenüber Politik und Öffentlichkeit artikulieren wollen.

Drittens finden Politikberatungsprozesse entweder dauerhaft innerhalb einer Institution statt. Beispiele dafür sind die wissenschaftlichen Dienste in Parlamenten, die Fachreferenten in Ministerien, wissenschaftliche Mitarbeiter in Bundestagsabgeordnetenbüros, Strategieabteilungen im Parteivorstand, Public-Affairs-Verantwortliche in Unternehmen, Referenten in Verbänden oder Campaigner in NGOs. Oder Politikberatung wird mit einem zeitlich begrenzten, klar definierten Auftrag bei Externen als moderne Dienstleistung im politischen Raum eingekauft: bei Kommunikations- und Public Affairs-Agenturen, Rechtsanwaltskanzleien oder wissenschaftlichen Institutionen, die Auftragsforschung betreiben.

Politikberater arbeiten also in allen Bereichen, in denen politische Entscheidungen getroffen werden sowie dort, wo politische Interessen bestehen und Akteure von staatlichem Handeln oder politischen Entscheidungen betroffen sind. Politikberater sind festangestellt oder freiberuflich tätig, sie agieren im Hintergrund oder repräsentativ gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Trotz dieser Bandbreite haben sie gemeinsam, dass ihnen im politischen Betrieb immer eine zentrale Vermittlerfunktion zwischen den Bereichen Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit zukommt. Sie leisten einen Beitrag zur Vorbereitung, Steuerung und Vermittlung politischer Entscheidungen, indem sie Wissen weiterge-

ben und Beziehungen managen. Die (politik-)wissenschaftliche Politikberatung schlägt insbesondere eine Brücke zwischen Wissenschaft und politischer Praxis. Politikberater sind in der Regel über die eigene Organisation und Branche hinaus gut vernetzt, um die komplexen Wege der politischen Entscheidungsfindung jederzeit nachvollziehen zu können und um als „Lotse“ ihre Kunden oder Auftraggeber zu den relevanten Stakeholdern zu navigieren.

### **Einstiegsmöglichkeiten für Politikwissenschaftler**

Wer sich Stellenausschreibungen im Bereich Politikberatung, Public Affairs, Politische Kommunikation o.ä. anschaut, wird schnell feststellen, dass selten ausschließlich nach Politikwissenschaftlern gesucht wird. Das grundlegende Verständnis des Zusammenspiels politischer Strukturen, Prozesse und Inhalte sowie politischer Kommunikation gehört sicherlich zum Einmaleins des Politikberaters. Politikwissenschaftler bringen insofern gute Voraussetzungen mit, um einmal professionell beraten zu können. Das Berufsfeld steht aber auch Juristen und Kommunikations-, Geistes- und Kulturwissenschaftlern, Soziologen, „Quereinsteigern“ mit Spezialwissen aus Bereichen wie den Naturwissenschaften sowie auch ehemaligen Politikern offen. Interdisziplinarität ist eine Selbstverständlichkeit im Berufsfeld und im Beratungsprozess schlichtweg unersetzbar. Vor allem zeigt sich dies in Public-Affairs-Agenturen bzw. Kommunikationsagenturen, welche komplexe Beratungsprozesse von der Analyse, über die Entwicklung der Strategie bis zur Planung von Maßnahmen anbieten. Hier fließen strategische und kommunikative Kompetenzen, Expertenwissen in Politikfeldern und die Kontaktnetze erfahrener Berater zusammen.

Die Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V. (de'ge'pol) beschreibt das Kompetenzprofil eines Politikberaters so: „Politikberater sind in erster Linie Wissensarbeiter. Sie arbeiten mit Informationen, Fachkenntnissen, Ideen und Informationssystemen. Im ständigen Kontakt mit Entscheidungsträgern und Multiplikatoren sind politische Erfahrung und kommuni-

<sup>14</sup> Die Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V. hat als Berufsverband der Politikberater in Deutschland einen Verhaltenskodex für Politikberater entwickelt und verabschiedet, welcher ethische Prinzipien als Prämissen im Beratungsprozess festschreibt. Ihre Mitglieder bekennen sich zur Einhaltung des Kodex. Siehe URL: <http://www.degepol.de/grundlagendokumente/verhaltenskodex/>.

kative Stärken unabdingbar.“<sup>15</sup> Politikberater müssen also Generalisten im politischen Raum sein, mit wachsender Erfahrung dann auch Spezialisten in bestimmten Politikfeldern. Niemand erwartet, dass diese Kompetenzen bei Berufsanfängern ausgeprägt sind, aber der Dreiklang aus strategisch-analytischem Vermögen, kommunikativen Kompetenzen und ersten Erfahrungen im politischen und kommunikativen Bereich müssen sich bereits bei Berufsanfängern andeuten. Wer an einer Arbeit im Berufsfeld Politikberatung interessiert ist, sollte die angesprochene Vermittlungs- und Netzwerkfunktion eines Politikberaters zwischen Akteuren aus Wirtschaft, Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und der Öffentlichkeit mit bedenken. Politikberater haben häufig die Aufgabe, die Beratenen in die Lage zu versetzen, über den Tellerrand der eigenen Institution oder Branche zu schauen. Es ist daher von Vorteil, wenn man schon in der Studienzeit in verschiedene Organisationen und Bereiche hineinblickt. Politikberater Dominik Meier, Chef einer Public-Affairs-Agentur in Berlin, bringt auf den Punkt, was erwartet wird: „Was nützt mir eine Person, die die Verfassungsgeschichte Asiens kennt, aber nicht in der Lage ist, eine Pressemitteilung zu schreiben?“<sup>16</sup> Relevante Praktika, ehrenamtliches Engagement oder gar erste Berufserfahrungen im Bereich politischer Organisation und/oder Organisationskommunikation werden schlicht vorausgesetzt.

Da Berufsanfänger aus dem Bereich Politikwissenschaften heute im Regelfall bereits solche erste Erfahrungen im politischen Raum gesammelt haben und über ein kleines Kontaktnetzwerk verfügen, liegt der Einstieg ins Berufsfeld Politikberatung mitunter gar nicht so fern. Wer sich schon während des Studiums z.B. parteipolitisch engagiert hat, könnte als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Bundestagsabgeordneten erste Berufserfahrungen in der politischen Organisation und inhaltlichen Arbeit sammeln. Parteien brauchen Campaigner im Wahlkampf usw. Das gleiche gilt selbstverständlich für Kontakte zu NGOs, Stif-

tungen, Gewerkschaften, Kirchen, Unternehmen und anderen Institutionen mit politischen Interessen. Klar ist auch: Ein Berufsanfänger wird in die Politikberatung nicht als Fachreferent im Ministerium oder als Lobbyist in der Hauptstadtrepräsentanz eines Unternehmens einsteigen. Dafür braucht es häufig neben der akademischen Qualifikation, langjährige politische Erfahrungen, hohe kommunikative Kompetenzen, fachliche Exzellenz und ein gutes Kontaktnetzwerk zu Medien und Politik.

Abgesehen von der Möglichkeit innerhalb einer beratungsbedürftigen Institution zu arbeiten, sind für Berufseinsteiger aus dem Bereich Politikwissenschaften insbesondere die Formen externer Politikberatung interessant. Je nach persönlicher Interessenlage kommen Agenturen mit den Schwerpunkten Public Affairs und Kommunikationsberatung/PR in Frage. Diese bieten nicht nur klare Aufstiegspektiven vom Traineeship bzw. Volontariat zum Junior-Berater, Berater, Seniorberater usw., sie haben auch den Vorteil, dass man in relativ kurzer Zeit eine Vielzahl von Kunden aus allen Bereichen der Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie ein großes Set an Beratungstools kennenlernt. Ständig müssen neue Auftraggeber und Themenfelder erschlossen werden sowie Methoden, von denen im Studium nur die wenigsten Politikwissenschaftler gehört haben werden. Im Agenturalltag lassen sich auch gute Kontakte für den weiteren Berufsweg knüpfen. Möglicherweise ist ein ehemaliger Kunde einer Agentur zu einem späteren Zeitpunkt sogar der neue Arbeitgeber. Agenturen sind für viele Berufseinsteiger somit nicht nur gute „Ausbildungsbetriebe“ für die Arbeit im politischen Raum, sondern häufig auch Kontaktplattform und Sprungbrett in lukrative Posten, vor allem in Unternehmen. Die Arbeitsbelastung in Agenturen ist dafür allerdings beträchtlich. Viele Kunden und Projekte sind unter hohem Zeitdruck gleichzeitig zu betreuen, komplexe Zusammenhänge müssen in kürzester Zeit erfasst werden, Kunden und Agenturen vereinbaren im Regelfall eine exakte Aufschlüsselung der Beratungsleistungen, und dabei muss nicht nur die Qualität der Arbeitsergebnisse, sondern auch die Kundenservicequalität einer modernen Dienstleistung fortlaufend gesichert werden. Auch die Verdienstmöglichkeiten sind kein großer Anreiz. Sie liegen für Volontäre in Berlin bei etwa

<sup>15</sup> „Was ist Politikberatung?“, hrsg. v. Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V., Neuauflage 2010, S. 7.

<sup>16</sup> „Im Hinterzimmer der Macht“ – Berufsreportage Politikberater, UniMagazin 6/2004, S. 8-11.

1500 bis 2000 Euro brutto. Volontariate dauern im Regelfall zwischen 1 und 2 Jahre und werden bei guten Leistungen häufig vorzeitig verkürzt – je nach Erfahrungslevel, persönlicher Leistung und auch dem eigenen Verhandlungsgeschick. Hin und wieder hört man noch von Einstiegsgehältern von 800 bis 1000 Euro brutto im Agenturbereich. Praktika werden von seriösen Agenturen heutzutage mit 400 Euro oder mehr vergütet.

### **Politikberatung als Studieninhalt**

Auch im Rahmen des Studiums können Interessierte den Berufswunsch Politikberatung gezielt verfolgen. Neben den gängigen Karrieremessen innerhalb und außerhalb der Universitäten, bieten immer mehr Universitäten im Studiengang Politikwissenschaften Seminare zur „Politikberatung als Beruf“ an und setzen sich über ein ganzes Semester mit dem Berufsfeld auseinander. Idealerweise findet hier nicht nur eine theoretische Wissensvermittlung statt, sondern Gastdozenten aus verschiedensten Bereichen der Politikberatung geben praktische Einblicke in ihren Berufsalltag. Die Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V. wird als Berufsverband der Politikberater zum Beispiel regelmäßig an Universitäten eingeladen, bietet einen Überblick über das Berufsfeld und führt mit den Studierenden mitunter auch kleine Übungen zu praxisnahen Beratungssituationen durch. Es ist für viele Studierende das erste Mal, dass sie etwas von Krisen- und Dialogkommunikation, Issues- und Wertemanagement, Methoden aus dem Campaigning und Lobbying hören. Diese praxisnahen Einblicke in die Politikberatung machen das Berufsfeld für viele klarer und interessanter. Aufgrund der Interdisziplinarität der Politikberatung wäre es zudem wünschenswert, wenn im Studiengang Politikwissenschaften medien- und kommunikationswissenschaftlichen Inhalten gezielt mehr Raum eingeräumt würde, denn Politik und Kommunikation sind in der Beratungspraxis nicht voneinander zu trennen.